

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Mittwoch,

12. Februar 1879.

Inserate

Sob an die Expedition in
Leipzig zu senden.

Anzeigungen gebühren

für die Spaltenzelle 20 Pf.
unter Einsparung 10 Pf.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Telegraphische Depeschen.

* Wiesbaden, 10. Febr. Dem Rheinischen Courier wird aus Taub vom heutigen Tage gemeldet: Gestern Abend um 7 Uhr erscholl der Ruf: «Der Berg ist wiederum gerutscht!» An derselben Stelle, wo vor fast drei Jahren die bekannte Katastrophe stattfand, hat sich jetzt wiederum eine ungeheure Masse Gerdöll von dem Abhang des Berges an dem Fuße abgelagert. Ein Hinterhaus ist ganz hoch überschüttet worden und eingedrückt; ein zweites zum «Adler» gehöriges Hinterhaus ist stark verschoben, sodass es, wenn es nicht einstürzt, doch abgetragen werden muss. Menschenleben sind bei der Katastrophe nicht zu verlieren, doch sind drei Familien obdachlos geworden.

* Hamburg, 10. Febr. nachmittags. Der Spruch des Seesamtes in der Angelegenheit des Unterganges der Pommerania ist heute gefällt worden. Derselbe nimmt die ausschließliche Schuld an der Collision den falschen Manöver der Bark Moel Eilian bei. Die Besatzung der Pommerania trifft auch keine Schuld, diese falsche Manöver der Bark nicht früher wahrgenommen zu haben. Das Benehmen des Kapitäns, der Offiziere und der Mannschaft der Pommerania nach der Collision war durchaus lobenswerth.

* München, 10. Febr. Der Reichsrath hat heute den Antrag betreffend den Erlass von Gesetzen gegen den Bucher und zur Beschränkung der Wechselfähigkeit in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung einstimmig angenommen. Der Antrag betreffend die Vorlage über die Strafgehalt des Reichstags wurde gegen eine Minorität von 9 Stimmen gewählt. Letztere motivierte ihr ablehnendes Votum damit, dass der Bundesrat über die Vorlage bereits abgestimmt habe und dass der Antrag deshalb zwecklos sei.

* Wien, 10. Febr. abends. Da es dem Grafen Lassalle nicht gelungen ist, ein parlamentarisches Ministerium zu bilden, legt sich dieselbe auf seines Nachfolgers zu.

* Wien, 10. Febr. Die Wiener Abendpost schreibt: Mit der Unterzeichnung des russisch-türkischen Friedens, mit der Übergabe von Spuz, Podgorica und Zabliae an Montenegro und mit der Räumung der an die Türkei zurückfallenden Gebietsteile seitens der Montenegriner sind die wesentlichsten Schwierigkeiten beendet, welche sich der von den europäischen Mächten beschlossenen Ordnung der Orientverhältnisse bisher in den Weg stellten, und jedenfalls darf das bisher Erreichte als eine gewisse Bürgschaft für den zischen Fortgang und die entsprechende Lösung der noch zu erfüllenden Aufgaben betrachtet werden.

* Rom, 9. Febr. Der König hat heute den rumänischen Abgesandten Rosetti in Audienz empfangen.

Paris, 10. Febr. Die Ernennung Chanzy's

zum Botschafter in Petersburg ist definitiv beschlossen. Die Regierung hatte gewünscht, dass Chanzy zuvor freiwillig seine Entlassung als Gouverneur von Algier gäbe, doch hat sich dieser geweigert. Jules Simon ambte den wichtigen Posten des Präsidenten des Staatsrates an Stelle des entlassenen Andral. (Post.)

* Paris, 10. Febr. In dem Proces gegen den Director der Münze zu Bordeaux, Delebecque, wegen Unterschlüpfung von Silberbarren hat der Aissenhof zu Bordeaux den Angeklagten zu sechsjähriger Ein- schließung und 115000 Frs. verurtheilt.

* London, 9. Febr. Nach Liverpool ist, um die Ordnung unter den Strikenden aufrecht zu erhalten, eine aus 300 Mann Infanterie und 80 Mann Cavalerie bestehende Truppenabtheilung abgesendet worden. — Die von der Admiralität zur Untersuchung der Ursachen der Explosion eines Geschützes auf dem Thunderer eingesetzte Commission hat in ihrem Bericht constatirt, dass das Geschütz einmal verfegt hatte und dass es infolge dessen noch einmal geladen und abgesenkt wurde, sodass sich also gleichzeitig zwei Ladungen in dem Geschütze befanden.

* London, 11. Febr. Gestern fand ein zweistündiger Cabinetsrat statt. Nach demselben empfing Salisbury die Botschafter Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Türkei. — Gestern wurde in einem großen Meeting von Kaufleuten der City beabsichtigt Versprechung der kommerziellen Rothlage beschlossen, Beaconsfield eine Denkschrift zu überreichen, worin eine Enquête beantragt wird zur Ermittelung darüber, bis zu welchem Grade der Freihandel den gegenwärtigen Rothstand verschuldet habe. — Der Times wird aus Adrianopel berichtet, dass der Abmarsch der Russen begonnen habe.

* London, 11. Febr. Nachrichten vom Cap vom 27. Jan. zufolge erlitt eine aus einem Theile des 24. Regiments, 600 Eingeborenen und 1 Batterie bestehende englische Truppenabtheilung eine schwere Niederlage. Ein Transport von 102 Wagen, 1000 Ochsen, 2 Geschülen, 400 Geschützen, 1000 Gewehren und 250000 Patronen und eine große Menge anderer Waffen- und Proviantvorräthe fiel in Feindeshände, ebenso die Fahne des 24. Regiments. Die Schlacht fand in der Nähe des Tugelaflusses statt. Der Verlust der Julius belief sich auf 5000 Tote; die britische Abtheilung wurde fast vollständig vernichtet. Der britische Verlust beträgt 60 Offiziere und 300 Mann tot. Port Natal ist von den Zulus ernstlich bedroht; der Generalgouverneur des Caps erbat Verstärkungen aus England.

Bukarest, 9. Febr. Glaublich Mitttheilungen zufolge ist die Frage wegen Krabatia auf Grund seitens Russlands gemachter anderweitiger Concessions bereits in einem dem russischen Interesse günstigen Sinne entschieden. Der Anzug Rumäniens an die Signatarmäthe dürfte daher gegenstandslos geworden sein. (G. T. B.)

* Wien, 10. Febr. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopol vom 9. Febr. abends: Die russisch-türkischen Vereinbarungen umfassen: 1) den Friedensvertrag, 2) eine Note Russlands an die Pforte, 3) das Protokoll. Die Hauptbestimmungen der 12 Artikel des Friedensvertrages sind folgende: Der Berliner Vertrag tritt rechtskräftig an die Stelle jener Bestimmungen des Vertrages von San-Stefano, mit denen sich der Berliner Congress beschäftigte. Die von dem Berliner Congress nicht berührten Punkte des Vertrages von San-Stefano werden durch den gegenwärtigen Vertrag geregelt. Die Kriegsschädigung ist auf 802,500000 Frs. festgesetzt, der Zahlungsmodus und die Garantien für die Zahlung werden einer weiteren Vereinbarung vorbehalten. Eine Entschädigung von 26,500000 Frs. ist für die in der Türkei ansässigen, durch den Krieg geschädigten Russen bestimmt; Reklamationen derselben können erst nach einem Jahre eingebraucht werden. Die Zahlung der Verpflegungskosten für die Kriegsgesangenen erfolgt innerhalb sieben Jahren in 21 Raten. Die Einwohner der an Russland abgetretenen Gebiete können ihren Grundbesitz verkaufen und das Land binnen drei Jahren verlassen. Für alle Kommunen vor dem Abschluss des Vertrages wird gegenseitig vollständige Amnestie gewährt. Die früheren Handelsverträge und Capitulationen mit Russland treten wieder in Kraft. Die Ratifikationen werden womöglich innerhalb 14 Tagen ausgetauscht. — In der Note des Fürsten Lobanow an die Pforte wird angezeigt, dass die russischen Truppen den Rückmarsch sofort nach Austausch der Ratifikationen beginnen und in längstens 35 Tagen beendigen würden. — Das Protokoll über den Vertrag bestimmt: 1) die Anerkennung der Bestimmungen des Berliner Vertrages impliziert keine Abänderung und verändert dessen Charakter und Zugewicht nicht. 2) Die Entschädigung von 26,500000 Frs. für die russischen Unterthanen in der Türkei ist das Maximum; die Ansprüche an diese Summe werden durch eine russische Commission unter Theilnahme eines türkischen Delegirten geprüft. 3) Die Auslassung des in dem Vertrage von San-Stefano beständlichen Artikels bezüglich der Kriegsschädigung für Rumäniens, Serbien und Montenegro ist durch die Unabhängigkeit dieser Staaten begründet; denselben bleibt es unbenommen, sich dieserhalb mit der Pforte direkt ins Einvernehmen zu setzen. 4) Die Amnestie hindert keinen der beiden contrahirenden Theile, Polizeimaßregeln gegen Personen zu ergreifen, welche ihm gefährlich werden könnten. — Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages erklärte Fürst Lobanow in Gegenwart Karathodor-Pascha's, die Räumung von Adrianopel und der Umgebung werde trotz der vertragsmäßigen fünfunddreißigjährigen Frist unverzüglich beginnen. Thatförmlich haben die Russen bereits am 9. Febr. Vorbereitungen zum Abmarsche von Adrianopel getroffen. Pascha begibt sich heute dorthin. Mahmud-

Leipziger Stadttheater.

B-sch. Leipzig, 10. Febr. „König René's Tochter“ von Henrik Herz, dem geistvollen dänischen Schriftsteller, dessen Leistungen auf dem Gebiete der Tragödie wie des Lustspiels ihn den ersten Dramatikern seiner Nation beigegeben und dessen Schriften und durch die Übersetzungen Leo's und Bendix' vermittelt wurden, gehört zu den beliebtesten Stücken, die die deutsche Bühne der neuern nordischen Literatur verdankt. Im Gedankengehalt wie in der poetischen Form ungemein schön und anziehend, tritt für unsrer Empfinden nur ein Moment hervor, das die lyrisch-romantische Stimmung, in der dieses kleine rührende Familienbild an dem Hofe des Troubadourkönigs René gehalten ist, einigermaßen beeinträchtigt. So sinnvoll und schön die poetische Symbolik ist, in der hier das Licht und das Schen in Iolanthe's Seele sich mit dem höhern „Schauen“ des Geistes verschmelzen, so kommt man doch über den Punkt nicht hinaus, dass das Physiologische oder sagen wir lieber Ophthalmologische des Vorganges, nämlich die Heilung von Iolanthe's Blindheit, einen für den Rahmen des einactigen Stücks zu breiten Raum einnimmt.

Die Iolanthe des Fr. Wessely ließ vielleicht beim ersten Erscheinen das Traumhaft-Märchenhafte an diesem proventalischen Königskinde vermissen. Doch verlor sich dieser unter erster Eindruck bald; wir gewannen im Verlaufe des Spieles die Empfindung, dass wollen poetischen Baubens, den der Dichter dieser Gestalt geliehen. Vielleicht würde beim Hinaufsteigen der Treppe mehr tastende Unsicherheit in der Art, wie

die Darstellerin sich bewegte, zu empfehlen gewesen sein. Sonst war auch das rein äußerliche Moment, wie die Haltung des Kopfes, die Bewegung der Hände &c., dem Habitus der Blinden gut abgelaufen. Dass Fr. Wessely reichen Beifall erhielt, war vollkommen gerechtfertigt. Fr. Senger als Graf Tristan zeigte sich als stattlicher und glänzender Ritter, dem auch die poetische Huldigung der Frauenschönheit sehr wohl gelang. Doch denken wir uns diesen Grafen etwas jünger und seine Liebeswerbung wol auch schmelzender. Im Grunde genommen gehört die Partie weniger dem Vertreter des Salon- und Conversationsfaches als dem jugendlichen Liebhaber. Indessen war der Inhaber dieser Domäne, Fr. Elmendorf, mit dem Begleiter des Grafen, dem Ritter Rauffred, beschäftigt. Hier haben wir wieder das Entgegengesetzte zu merken. Fr. Elmendorf sah gar zu jugendlich, fast kindhaft aus, um schon als vollgültiger Ritter von der Taschentunde des Königs René zu gelten. Der Ebn. Iahia des Hrn. Hans Höfner war eine charakteristische Gestalt eines manrischen Arztes. Fr. Stillerer als König René sah doch eigentlich mehr einem reichen strubberger Patricier des 15. Jahrhunderts als dem glänzenden und phantastischen Grafen von Provence ähnlich.

Das zweite der neu einstudirten Stücke, das Sonnabend am 8. Febr. zur Aufführung kam, Benedix' dreiactiges Lustspiel „Der Vetter“, ist ein guter alter Bekannter, den wir freilich länger nicht gesehen und der uns auch schon etwas alfränkisch anmutete. Es ist ein echtes Benedix'sches Kind dieser „Vetter“ in seiner harmlosen Lustigkeit, in seiner drolligen Ver-

wüstung und noch komischen Löfung. Im übrigen gehört das Lustspiel nicht zu den bessern Productionen des Dichters, obwohl es bei gutem und flottem Spiel dem Zuschauer immer zwei heitere Stunden gewähren kann. Dass trotz der verfänglichen Concurrenz des Vaters und seiner beiden Söhne um ein und dieselbe Frau der Autor doch nicht den leisesten Gedanken einer Indecenz und einer unsittlichen Nebenbezeichnung aufkommen lässt, zeugt von der unanfechtbaren Keuschheit des Benedix'schen Muse. Man denke nur, welch andere Gestalt dasselbe Sujet in der Hand eines neuern französischen Dramatikers erhalten haben würde! Interessanter, geistvoller und reicher an psychologisch seinen Momenten hätte Dumas oder Sardou das Thema gewiss gestaltet, ob aber auch so unbeschangen, gesund und harmlos?

Die Darstellung brachte den komischen Inhalt des Lustspiels zur vollen Geltung. Den Mittelpunkt des Stücks bildet der Vetter, ein gutes, altes Familienstück, dem die Kinder alles anvertrauen, wie man einen alten Schrank, das Erbstück der Familie, zum Bewahren aller möglichen kostbarkeiten macht. Aber nicht so dauerhaft wie der Eisenschrank, wird unser alter Vetter schon etwas morsch, sein schwaches Gedächtnis vermag all die kostbaren Geheimnisse der Familie Gärtner nicht mehr recht festzuhalten. Er verwechselt die Namen wie die Briefe, die man ihm anvertraut, und wird so die unschuldige Ursache der heilosen Confusion. Fr. Eichenwald war ein ganz prächtiger Vetter, den er mit der gutmütigsten Drolerie ausstattete. Ihm schlossen sich die übrigen Darsteller an wie Fr. Löwe (Gärtner), Fr. Elmendorf,

Kedim-Pasha hat den Gouverneursposten in Mossul abgelehnt." — Aus Saloniči vom 9. Febr.: „Eckli-scherseits ist amtlich constatirt worden, daß die im Dörfe Samirowa oder Schikowa (District Zanthy) ausgebrochene Krankheit der Typhus ist. Seit drei Monaten sind dort von 700 Einwohnern 250 am Typhus gestorben, 100 sind noch krank.“

Zur Reichstagseröffnung.

— Leipzig, 11. Febr. Unserer gestrigen Begründung des morgen zusammenstehenden Reichstages haben wir heute den Ausdruck innigster Freude darüber hinzuzufügen, daß Sr. Maj. unser allverehrter Kaiser sich kräftig genug fühlt, denselben in Person zu eröffnen. Als die Vertreter der Nation im Spätsommer vergangenen Jahres sich versammelten, weilte der hohe kaiserliche Herr fern von Berlin, Heilung und Genesung suchend in einem mildern Klima. Diesmal wird er wieder unter sie treten, wie er sonst pflegte, wird zu ihnen sprechen, und in den jubelnden Hohls, womit sie ihn in ihrer Mitte begrüßen werden, wird er die Stimme der Nation vernehmen, die ihm erhabenen Oberhaupt nach einer langen Zeit der Schmerzen für ihn und der Sorgen für sie doppelt freudig ziaumzählt.

Der Gegenstand, der jedenfalls zuerst den Reichstag beschäftigen wird, der Gesetzentwurf wegen der Strafgesetzgebung des Reichstages über seine Mitglieder, gelangt aus dem Bundesrathe in denselben abgemilderten Gestalt an den Reichstag, welchen er schon durch den Justizausschuß der ursprünglichen Körperschaft erhalten hatte. Um so eher ist eine Verständigung zu hoffen, die nun vornehmlich die Form der Regelung dieser Materie betreffen wird.

Ungleich schwieriger und verworren er scheint die parlamentarische Lage im Hinblick auf die finanz- und zollpolitischen Projekte, mit denen der Reichskanzler persönlich an die gesetzgebenden Gewalten des Reiches herantritt. In Bezug darauf erhalten wir von Berlin die nachstehende Correspondenz, die wir uns um so lieber aneignen, als wir darin die Stimme wenigstens einer Mehrheit der national-liberalen Fraktion zu erkennen glauben:

N.L.C. Berlin, 10. Febr. Inmitten einer seltsamen Lage wie diesmal ist die deutsche Volksvertretung niemals zusammengetreten. Dem Reichstage ist in der Finanzreform zum Nutzen des Reiches und der Einzelstaaten eine Aufgabe gestellt, deren Lösung die Mehrheit desselben unzweifelhaft als eine Notwendigkeit anerkennt — eine Auffassung, die ebenso unzweifelhaft von der Mehrheit der Nation getheilt wird. Und dennoch wogt im Lande bis in die untersten Schichten der Bevölkerung hinein ein Kampf der Geister, der von der Einigkeit im Ziel wahrlich nichts verprüfen läßt. Sonst pflegte die Meinungsverschiedenheit über die Mittel zur Erreichung des Zwecks recht eigentlich nur in den parlamentarischen Debatten zum Ausdruck zu kommen; im Volke beruhigte man sich, wenn nur der Zweck fest im Auge behalten wurde. Heute ist von dem Zweck, der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches, kaum die Rede; der lärmende Streit dreht sich ausschließlich um die Mittel; aber es ist ein Streit, der alle vorangegangenen politischen Prinzipienkämpfe an Frestigkeit zu übertreffen droht.

Die seltsame Erscheinung begreift sich nur zu

reich (Ernst), Fr. Tullinger (Pauline), Fr. Reichenbach (Wilhelm), Dr. Södgel (Buchheim) und Fr. Hartmann (Luise), durch deren gewandtes Zusammenspiel die komischen Pointen des Stücks ihre vollständige Wirkung erzielten.

Das Publikum nahm beide Stücke sehr wohlwollend auf und zeichnete auch die meisten Mitwirkenden durch Beifall aus.

Dem Märkischen Sprecher berichtet man aus Wittenberg vom 3. Febr.: „Die Viehlosigkeit und Unchristlichkeit bissiger Ultramontaner hat sich gestern wieder in widerwärtiger Weise gezeigt. Das Kind eines Bergmannes, der der altkatholischen Confession angehört, sollte bestraft werden. Schon während des Auges zum Kirchhof vermisste man unter den Personen, die dem eigentlichen Leichengesäß nachdrängten, jene feierliche Sammlung, die der erste Act gebot, und mehrfach wurden halblante höfische Worte gedehnt, die von fanatischer Unzulänglichkeit gebraucht wurden. Ein Individuum, Vorführer eines ultramontanen Vereins, machte sich ein besonderes Vergnügen daraus, neben dem Pastor Bodenstein hergehend, in die Pylone zu treten, um diesen mit Schmutz zu besprühen. Als das Kirchhofstor aufgeschlossen werden sollte, bemerkte dasselbe schadenstrotz, daß das Schloß sich nicht öffnen lassen werde, weil eine Hexe darin sei. Und so war es in der That. Der Schlüssel blieb im Schloß stecken und ließ sich nicht herausziehen. Hierüber gab sich hämische Vertheidigung bei einem Theile der Zuschauer kund. Dem Vater des Kindes (der, beiläufig bemerkt, schon seit drei Monaten lebt) müsse es für seinen Absatz vom Glauben noch ganz anders gehen ic. Da alle Versuche, die Thür zu öffnen, vergeblich waren, wurde ein Polizeisergeant in die Stadt geschickt, um einen Schlosser herbeizuholen. In der Zwischenzeit vermehrte sich die Unruhe der den Sarg zum Theil mit Cigaren und Pfeifen anflockenden Clerikalen, sodass sich der Polizeicommissar, welcher zugegen war, genötigt

leicht. Hat doch das Kanzlerschreiben vom 15. Dec. die Theorie aufgestellt, die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches könne zugleich die Heilung der wirtschaftlichen Schäden der Zeit bringen, könne der Ausgangspunkt eines neuen großartigen Aufschwunges der nationalen Production werden, wenn nur die richtigen Mittel gewählt würden. Wer konnte noch zweifeln, daß damit das ganze Heer der unbefriedigten Interessen entfesselt werden würde? Bisher war aus den Kreisen der industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten heraus der Ruf nach Staatshilfe nur mit einer gewissen Schüchternheit laut geworden; jetzt hat man das Zeugnis des einflussreichsten, des verehrtesten Staatsmannes im Deutschen Reiche für sich, daß der „nationalen Arbeit“ durch die Gesetzgebung geholfen werden kann und geholfen werden muß. Ist es da nicht selbstverständlich, daß man es dem Reichstag nur als bösen Willen auslegen wird, wenn er diese Hilfe versagt? Wenn früher der Vorwurf erhoben ward, der Reichstag habe kein Herz für die „nationale Arbeit“, so möchte man sich in dem Bewußtsein, daß Gesamtwohl nach besten Kräften gefordert zu haben, darüber hinwegsehen; ein anderes aber ist es, wenn dieser Vorwurf in Zukunft die Scheinung des Fürsten Bismarck trägt.

So sieht sich der Reichstag bei seinem diesmaligen Zusammentritt in der That mit einer gewissen Gewaltsamkeit vor das wunderliche Problem gestellt, einerseits die Kassen des Reiches und der Einzelstaaten und andererseits zugleich die Taschen des Volkes zu füllen. Es ist schwer, angesichts einer solchen Lage nicht bitter zu werden. Wir haben die Weltbegüßungsplane der Socialdemokratie in Acht und Bann gehan, und unmittelbar darauf proklamiren wir eine Wirtschaftspolitik, welche die Socialdemokraten mit Vergnügen als die praktische Anwendung eines Theils ihrer Forderungen begrüßen! Und was die Methode der Propaganda für diese Politik anlangt, so sind wir mittin in jener die Eintracht der Bevölkerung loslassen nothwendig gefährdenden Agitation angelangt, welche in ihrer äußersten socialdemokratischen Form zu ahnden und zu unterdrücken zum Zweck einer besondern Erscheinung gemacht ward.

In der That, die Verwirrung des öffentlichen Geistes in Deutschland hat einen erstaunlichen Grad erreicht. Um so größer ist das Verdienst, welches sich der Reichstag um das Vaterland erwerben kann. Behält er mit der erforderlichen Nüchternheit und Festigkeit ausschließlich das allgemeine Beste im Auge, gelingt es ihm vor allem, die Frage der Steuerreform von derjenigen der Zolltarifrevision zu trennen, dann mag er die schlimmsten Folgen des Kampfes der Einzelpersonen noch beschwören. Ob er dieser Erwartung entsprechen wird, das freilich ist eine Frage, die auch der genaueste Kenner von Personen und Parteien heute noch nicht zu beantworten wagen kann.

Vom preußischen Landtage.

* Berlin, 10. Febr. Den ersten Gegenstand der heutigen Berathungen des Herrenhauses bildete der Bericht der Commission für Staatshaushalts- und Finanzangelegenheiten über den Gesetzentwurf betreffend die Reorganisation der drei vormaligen sächsischen Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz.

sab, drei Verhaftungen vorzunehmen und im Namen des Gesetzes das Auseinandergehen der nicht zum Leichengesäß gehörigen Personen anzuordnen. Nach langer Frist kam der in die Stadt geschickte Polizeisergeant mit der Erklärung zurück, er sei zu sämmtlichen Schloßern gegangen (nur einer sei nicht zu Hause gewesen), feiner aber habe sich bereit finden lassen, die Thür öffnen zu wollen. Ein paar hätten diese Weigerung mit Neuherrungen begleitet, die er ohne Berzug zur Kenntnis des Staatsanwaltes bringen werde. Bei dieser Sachlage blieb dem Pastor Bodenstein nichts anderes übrig, als die Leiche vor der Kirchhofstür einzutragen und sie dann dem Schutz der Polizei zu übergeben. Was der arme, ohnehin franke Vater bei dieser Scene gesäitten, unterlassen wir zu schildern. Es beweist dieselbe aber wieder, daß der Ultramontanismus, der bekanntlich für seinen eigenen Cultus von Andergläubigen Rücksicht fordert, solchen, die treu zu ihrer Aberslautenden Überzeugung stehen, nicht die mindeste Rücksicht trät.

Aus Frankfurt a. M. vom 2. Febr. schreibt man dem Schwäbischen Merkur: „Was von den Seiten von Kempelen's Schachmaschine (construit um 1770) bis zu dem angeblichen Automaten Adschib, der noch bis vor kurzem gezeigt wurde, dem Publikum vorgetäuscht wurde: die Herstellung eines schachspielenden Automaten, ist nur wirklich ausgeführt, und zwar von einem ganz jungen Manne, dem Ingenieur Karl Gramm von hier. Dr. A. W. Nippoldt zeigte in der Versammlung des Physikalischen Vereins am 1. Febr. die überaus finstreich konstruirte Maschine vor. Der Automat, eine weibliche Figur in lächerlicher Tracht, hat ein Schachbrett vor sich, dessen Felder durchbohrt sind; die Stifte der Figuren passen in die Löcher und treten in Berührung mit der eisernen Unterlage des Schachbretts, welche Berührung durch zahlreiche elektrische Drähte dem wirklichen Spieler, der in einem benachbarten Zimmer sitzt, mitgetheilt wird. Auf diese Weise ist dieser in Kenntniß von dem jedesmaligen Stande des Spieles und dirigirt seinerseits die Hand des Automaten durch einen sehr finstrekken Mechanismus, auf dessen Einzel-

Die Commission hat im ganzen die Regierungsvorlage wiederhergestellt; danach bleiben die Domkapitel bestehen und wird nur das Domstift Naumburg mit dem Domstift Zeitz vereinigt, während das Abgeordnetenhaus die Domkapitel beaufsichtigen und die Verwaltung des Vermögens der drei Stifter einem Collegium unter der Bezeichnung „Domstiftsverwaltung Merseburg-Naumburg-Zeitz“ übertragen will. Nur im §. 6 hat das Herrenhaus den Beschlüssen des anderen Hauses so weit stattgegeben, als die den Stiftern zustehenden Rechte bei der Besiegung von Lehrerstellen auf den Staat übergehen sollen. Die Patronatsrechte der Stifter bei geistlichen Stellen soll dagegen den Stiftern verbleiben.

Graf Ritterberg:

Die Beseitigung des Präsentationsrechtes der Stifter zum Herrenhause, welche das andere Haus ausgesprochen habe, könne nicht gebilligt werden. Dagegen empfiehlt er die Annahme eines in der Commission mit Stimmengleichheit abgelehnten Amendements, wonach bezüglich der kirchlichen Stellen die Bestimmungen über die Besiegung der Stellen landesherrlichen Patronats zur Anwendung kommen sollen.

Dr. v. Knebel-Doeberitz widerspricht diesem Antrage, bittet ihn abzulehnen, so auch die von der Commission angenommene Bestimmung des §. 6 wieder zu streichen.

Graf zur Lippe:

Die Beschlüsse des andern Hauses, welche den Intentionen Sr. Maj. des Königs geradezu widersprechen, haben mich tief verletzt; Sache des Landtags war es, den vorliegenden Entwurf ohne alle Aenderungen anzunehmen, wenn Sr. Maj., trotz des ihm unbekritten aufzuhenden Rechtes zur selbständigen Ordnung des altherwöhrenden Institutes, sich veranlaßt geschenkt hat, einen solchen einzubringen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg bittet das Haus, den Beschlüssen der Commission sowie auch dem Amendement des Grafen Ritterberg zugestimmen.

Graf Brühl bittet, es puren bei den Commissionsbeschlüssen bewenden zu lassen.

Oberbürgermeister Hasselbach empfiehlt dagegen das Amendement des Grafen Ritterberg, welches jedoch nach längeren Debatte abgelehnt wird. Ebenso wird auch der Commissionsvorschlag zu §. 6 von der Majorität des Hauses verworfen, sobald in den bestehenden Bestimmungen über das Patronat nichts geändert wird. Der Rest des Gesetzes wird ohne Discussion nach den Commissionsvorschlägen angenommen.

Namens der Justizcommission referiert Dr. Advocat-anwalt Adams über den Gesetzentwurf betreffend die Uebergangsbestimmungen zur Deutschen Civilprozeßordnung und Deutschen Strafprozeßordnung. Auf Antrag des Professors Dr. Baumhart wird der Entwurf aus bloc angenommen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf betreffend die Zwangsvollstreckung gegen Benefizialerben und das Aufgebot der Nachlaßgläubiger im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechtes.

Nach dem Referat des Dr. Engelhart wird auch dieser Gesetzentwurf aus bloc angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Hinterlegungsordnung, Entwurf betreffend die Ablösung von Realberechtigungen, kleinere Vorlagen, Petitionen.

Um Abgeordnetenhouse stand heute die dritte Lesung des Staatshaushaltsets auf der Tagesordnung. Ohne Generaldiscussion trat das Haus so-

heiten einzugehen hier nicht der Ort ist. Der Automat spielt nicht selbst, sondern zeigt mit der Hand nur die Figur, welche, und die Richtung, wohin sie gesetzt werden soll; diese Manipulation selbst muss der Gegner beorgen. Da der Erfinder Frankfurt auf längere Zeit verlassen hat, ist der Docent des Physikalischen Vereins, Dr. phil. Nippoldt, zu weiteren Mittheilungen erbstig.“

Das eben in zweiter umgearbeiteter Aussage in der Buchhandlung der Goßner'schen Mission in Berlin erschienne „Lebensbild aus der Kirche des 19. Jahrhunderts, Johannes Goßner“ von Hermann Dalton, reformierten Consistorialrat in Petersberg, kann als Wegweiser dienen, im deutschen Volke die ersehnte friedliche Annäherung der kirchlichen Confessionen anzubauen. Ohne Hebung des religiösen Lebens im Innern der Gemeinde werden alle blos gesellschaftlichen Maßregeln erfolglos bleiben, unter Umständen sogar die gegenseitige Entfernung verschärfen. Das Leben eines so reichen, wenn auch schließlich im Pietismus seinen zeitlichen Ruhepunkt findenden Gemüths, wie das dieses Schülers von Michael Soiter, kann dazu beitragen, die kirchlichen Gegensätze zu überbrücken und dem Geiste der Liebe den Sieg zu erringen. Die bühnende geistvolle Darstellung macht die Lektüre dieses Buches zu einem hohen Genuss.

+ London, 5. Febr. Ein berüchtigter, bereits zu lebenslanger Buchausstrafe verurtheilter Einbrecher Charles Peace, dessen Abenteuer das Tagesgespräch bilden, ward gestern in Leeds von den Geschworenen schuldig befunden, im Jahre 1876 einen Mr. Dyson in Bannercroft erschossen zu haben und zum Tode verurtheilt. Ch. Peace besaß unter andern Liebhabereien auch eine für musikalische Instrumente. Diese (ein Klavier und drei Geigen) wurden gestern in Sheffield öffentlich versteigert. Ein Geige ward für 20¹/₂ Sh. verkauft, eine andere für 9 Pf. St. 10 Sh. eine dritte, von dem Verbrecher selbst versteigerte, für 6 Pf. St. 10 Sh. Das Klavier brachte 24¹/₂ Sh. ein.

gleich in
walde ä
seine Be
gleichzeit
Abg.
Gordern
lagten C
Haussbesi
1. Jan.
der bewo
der Stein
keit. Der
anlassung
die eine
anlagung
stehende
das Geh
drücklich
alterier u
Nach
Steuer
verwaltung
Das g
nigliche E
tragen, d
durch das
stationen
Hand
Seit S
stand der
Frankfur
Staatsbah
vor meinen
bahndirect
Bahnhöfen
ten, jedoch
ungen, se
und den B
graphien, se
Nobilizing
wahrschein
Verlaufes b
sichlich da
so bin ich
der Druck
hat, daß d
habe ich b
die Annah
Viertau
gestellt:
Die kön
tag in ei
mäßig im e
lung von T
lich in Bezu
veranlaßt h
Maßnahmen
ducentrefre
haben.

Dieselb
Gründe nic
Regierung
seien. Man
richtig gew
lannten, Au
gesagt habe
Ministerium
Voraussegu
tarife sei i
Antrag.

Abg. W
Richter-Hag
Tragweite
überweisen.
welcher ja i
Antrag Ric

Es folg
sterium des
Abg. Dr
ruhe des Ha
Lösung die
Berlin zur
führungen d
die ihnen d
werden ließ.
Selbstverwalt
befestigt wer
Behörde ges
sei in vielen
Magistrat co

Darauf
weiteren Lefu
Misstände in
Debatte zwis
Richter-Hag
Dr. Birchom
Der Etat
nehmigt. E
Abg. Dr
Centralbahnh

Negierung
die Dom-
stift Raum-
vöhrend das
en und die
erster Einem
verwaltung
will. Nur
sen des an-
ten Stiftern
kehrstellen
ronatsrechte
gegen den

der Stifter
ausgesprochen
empfiehlt er
mengleich-
ch der Nach-
eitung der
ung kommen

diesem An-
ie von der
S. 6 wie-

den Inter-
echen, haben
den vor-
hmen, wenn
den Rechtes
Institutes,
ingen.

Burg bittet
sowie auch
stimmen.
missions-

gegen das
jedoch nach
wird auch
Majorität
enden Be-
vert wird.
nach den
Advocat-
ressend die
tivilproces-
sing. Auf
der Ent-

ag ist der
er den Ge-
ung gegen
gläubiger
echtes.
wird auch
Vorordnung:
die Ab-
Vorlagen,

die dritte
Tagesord-
Haus so-

Automat
o nur die
beit werden
besorgen
lassen hat.
Dr. phil.

in der
in ersche-
thunders,
n, resor-
Bewegweiser
mährung
ebung des
erden alle
inter Um-
seren. Das
Pietismus
wie das
beitragen,
em Geiste
geistvolle
em hohen

ts zu le-
nubrecher
ich bilden,
nnercroos
ih. Peac
ausflasche
) wurden
eige war
10 Sh.
igte, für
Sh. ein.

gleich in die Specialdebatte. Abg. v. Meyer-Ams-
wald äußerte zu dem Etat der Domänen und Forsten
seine Bedenken über die Verläufe von Domänen ohne
gleichzeitige Schuldentlastung.

Abg. Richter-Hagen kam noch einmal auf seine
Forderung zurück, daß die Erhebung der neu veran-
lagten Gebäudesteuer, die einer Mehrbelastung der
Haushalter um etwa 30 Proc. gleichkomme, mit dem
1. Jan. 1880 nicht durchgeführt werde. — Angesichts
der bevorstehenden Steuerreform, die eine Entlastung
der Steuerzahler in Aussicht stelle, sei es eine Unbillig-
keit, jetzt mit einer einseitigen Erhöhung vorzugehen.

Der Finanzminister glaubte um so weniger Ver-
anlassung zu haben, von der gesetzlichen Bestimmung,
die eine nach je 15 Jahren wiederkehrende neue Ver-
anlagung vorschreibe, mit Rücksicht auf die bevor-
stehende Reform Abstand zu nehmen, als noch durch
das Gesetz wegen Verlegung des Etatjahres aus-
drücklich ausgesprochen sei, daß jene Bestimmung nicht
alterirt werden solle.

Nachdem der Etat der Verwaltung der direkten
Steuern genehmigt ist, wird beim Etat der Eisenbahn-
verwaltung vom Abg. Dr. Birchow der Antrag gestellt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu
tragen, daß der Verlauf von Zeitungen, deren Erscheinung
durch das Gesetz nicht untersagt ist, auf den Eisenbahn-
stationen durch die Verwaltung nicht gehindert werde.

Handelsminister Maybach:

Seit Sonnabend habe ich Informationen über den Gegen-
stand der damaligen Debatte, das Verbot des Verkaufs der
Frankfurter Zeitung auf den Bahnhöfen der nassauischen
Staatsbahnen, eingezogen. Durch eine Verfügung, welche
vor meinem Amtsantritt erlassen worden ist, es den Eisen-
bahndirectionen zur Pflicht gemacht, das Publikum auf den
Bahnhöfen in der Auswahl seiner Pektüre nicht zu beschrän-
ken, jedoch darauf zu achten, daß keine reichsfreindlichen Zeit-
ungen freigehalten werden. Im Juni v. J. fand ich mich
veranlaßt, diese Verfügung in Erinnerung zu bringen und
besonders auf die sozialdemokratischen Blätter hinzuweisen
und den Verkauf unstilllicher Schriften, ebensolcher Photo-
graphien sowie der Bildnisse der Meuchelmörder Hödel und
Nobiling zu untersagen. Im December v. J. ist nun,
wahrscheinlich auf Grund dieser Verfügung, das Verbot des
Verkaufs der Frankfurter Zeitung erfolgt. Dies das That-
sächliche darüber. Das nun meinen Standpunkt anlangt,
so bin ich der Ansicht, daß es sich empfiehlt, die Auswahl
der Druckschriften für das Publikum nicht zu beschränken,
und da die Regierung in Wiesbaden sich geäußert
hat, daß die betreffende Zeitung nicht reichsfreindlich ist, so
habe ich bereits das Nötige veranlaßt. Ich habe gegen
die Annahme des Antrags im übrigen nichts einzutwenden.

Hierauf wird der Antrag Birchow angenommen.

Vom Abg. Richter-Hagen ist folgender Antrag
gestellt:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Land-
tag in einer besondern Debatte eingehend und ziffer-
mäßig in einzelnen darzulegen, welche Gründe die Beschrän-
kung von Differentialtarifen seit dem März 1878 namentlich
in Bezug auf Holz, Mehl, Weintrauben und Hammel
veranlaßt haben und welche Wirkungen sich aus diesen
Maßnahmen für die betreffenden Consumen- und Pro-
duzentenkreise sowie für Eisenbahnen und Schifffahrt ergeben
haben.

Derselbe begründet diesen Antrag damit, daß die
Gründe nicht ganz stichhaltig seien, welche von der
Regierung nach dieser Richtung hin geltend gemacht
seien. Räumlich sei es sehr zweifelhaft, ob das alles
richtig gewesen sei, was Fürst Bismarck in seiner be-
kannten, Aufsehen erregenden Rede über die Holztarife
gesagt habe, die ja sogar einen Personalwechsel im
Ministerium zur Folge gehabt habe. Auch über die
Voraussetzungen bezüglich der Änderung der Mehltarife
sei der Landtag im Unklaren. Deshalb der
Antrag.

Abg. Windthorst-Meppen beantragt, den Antrag
Richter-Hagen wegen seiner großen Wichtigkeit und
Tragweite der Budgetcommission zur Beratung zu
überweisen. Abg. Dr. Lasker bittet indes den Antrag,
welcher ja nur formaler Natur sei, anzunehmen. Der
Antrag Richter-Hagen wird darauf angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats für das Minis-
terium des Innern.

Abg. Dr. Zimmermann bringt unter großer Un-
ruhe des Hauses wiederholt wie schon bei der zweiten
Lesung die Vermehrung der Polizeimannschaften in
Berlin zur Sprache und sucht seine damaligen Aus-
führungen gegen die Zurückweisung zu rechtfertigen,
die ihnen damals der Minister des Innern zutheil
werden ließ. Es sei zu wünschen, daß das durch die
Selbstverwaltung geschaffene Interimssticum bald wieder
besiegelt werde, das aus dem Polizeipräsidium eine
Behörde geschaffen habe, die dem Magistrat vorgesetzt
sei in vielen Dingen, während dasselbe sonst nur dem
Magistrat koordinirt sei.

Darauf erhebt sich, anknüpfend an die in der
zweiten Lesung von dem Abg. Richter-Hagen gerütteten
Missstände in dem Kreise Rieder-Barnim, eine längere
Debatte zwischen dem Abg. v. Bedry-Reutrich und
Richter-Hagen, an welcher sich außerdem die Abg.
Dr. Birchow und Fhr. v. Münnigerode beteiligen.

Der Etat des Ministeriums des Innern wird ge-
nehmigt. Es folgt der Eisenbahntarif.

Abg. Dr. Birchow bittet, die Mittel für den
Centralbahnhof in Frankfurt a. M. in dritter Lesung
geföhrt.

abzulehnen. Die Finanzlage des Staates erfordere
Sparsamkeit und die Regierungen von Hessen und
Baden hätten sich nicht zustimmend ausgesprochen.

Regierungskommissar Ministerialdirektor Schneider
und Abg. Dr. Hammacher bitten, es bei den Beschlüssen
zweiter Lesung bewenden zu lassen, und tritt das Haus
dem bei.

Bei dem Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung
fragt Abg. Dr. Birchow, in welchem Stadium sich die
Angelegenheit der Absindung der hessischen Agnaten
der Steuerzahler in Aussicht stelle, sei es eine Unbilligkeit,
jetzt mit einer einseitigen Erhöhung vorzugehen.

Der Finanzminister Hobrecht erwidert, daß zwei Pro-
cesse noch schweben, welche in erster Instanz verschieden
ausgegangen seien. Näheres über die materiellen Ver-
hältnisse der Frage anzugeben sei er nicht in der Lage.

Beim Etat des Ministeriums der öffentlichen Ar-
beiten erklärt, auf eine Anfrage des Abg. Berger, der
Handelsminister Maybach, daß er dafür sein werde,
die Frage wegen einer Bahnverbindung der Stadt
Lübeck so zu fördern, daß sie möglichst bald im Sinne
der Petitionen von der Tagesordnung des Hauses ver-
schwinde.

Beim Etat der Justizverwaltung kommt Abg.
v. Ludwig unter wachsender Unruhe des Hauses noch-
mals auf die Verleihung eines Ordens an den Ober-
staatsanwalt Heige zurück und erklärt sich durch die
Entgegnungen des Justizministers nicht für befriedigt.
Der Redner wird wiederholt durch den Präsidenten
und vielfach aus dem Hause unterbrochen und zur
Sache gerufen; die Unruhe erreicht einen solchen Grad,
daß es unmöglich ist, den Ausschreibungen des Redners
zu folgen. Präsident v. Bennigsen erklärt schließlich,
wenn der Redner die persönlichen Angriffe nicht unter-
lässe und endlich zur Sache spreche, die Entscheidung
des Hauses anrufen zu müssen, ob es ihm weiter das
Wort gestatte.

Abg. v. Ludwig fährt indes mit Angriffen gegen
den Justizminister, gegen den Abg. Lasker ic. fort.
Es entsteht ein bedeutender Tumult, und unter Be-
rufung auf die Geschäftsordnung fragt der Präsi-
dent das Haus, ob es den Redner noch länger an-
hören wolle. Mit überwältigender Majorität, unter
welcher auch die fröhlichen Fraktionsgenossen des Abg.
v. Ludwig, die Abg. Windthorst-Meppen und Fhr.
v. Schorlemmer-Alst sich befinden, wird diese Frage ver-
neint und Abg. v. Ludwig verläßt die Tribüne. (Im
preußischen Landtag ist dieser Fall noch niemals, in
der ersten Session des Norddeutschen Reichstages 1867
einmal vorgekommen.)

Der Justizetat wird bewilligt, vergleichen ohne De-
batte die Etats des Kriegs- und des landwirtschaftlichen
Ministeriums. Der Etat der Gesellschaftsverwaltung
wird genehmigt, nachdem Abg. Hundt v. Hassell es
getadelt hat, daß das Gesellschaftsamt in erster Reihe
dem Militärwesen zugute komme in der Weise, daß
erst das, was die Armee nicht wolle, dem Lande und
der Industrie zugute käme, während doch 95 Proc.
aller Pferde nicht vom Militär, sondern von der In-
dustrie und der Landwirtschaft verbraucht würden.

Vom Regierungstische aus wird entgegnet, daß
die Gesellschaftsverwaltung auch den Bedürfnissen der Land-
wirtschaft stets die sorgfältigste Beachtung geschenkt
habe; auch der landwirtschaftliche Minister Dr. Friedenthal
vertreibt die bisher von der Verwaltung befolgte
Praxis.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung des
Etats auf heute Abend 7½ Uhr.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger vom 10. Febr. ent-
hält folgende Bekanntmachung:

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 1 des Reichsgesetz-
blattes verkladete kaiserliche Verordnung vom 23. Jan. d. J.,
durch welche der Reichstag berufen ist, am 12. Febr. d. J.
in Berlin zusammenzutreten, wird hierdurch bekannt gemacht,
daß die Eröffnung des Reichstages an dem gedachten

Tage um 2 Uhr nachmittags im Weißen Saale des königlichen
Schlosses stattfinden wird.

Die weiteren Mitteilungen über die Eröffnungssitzung
werden in dem Bureau des Reichstages, Leipziger Straße
Nr. 4, am 11. Febr. in den Stunden von 9 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends und am 12. Febr. vormittags von 8 Uhr
ab offen liegen.

In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten
für die Eröffnungssitzung ausgegeben.

Berlin, 9. Febr. 1879.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Hofmann.

Die Post schreibt: „Wie nunmehr bestimmt ist,
wird der Reichstag Mittwoch 2 Uhr durch Sc. Maj.
den Kaiser allerhöchstselbst im Weißen Saale des königlichen
Schlosses eröffnet werden.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger berichtet: „Der
seitherige kaiserliche Gesandte am königlich däni-
schen Hofe, Wirklicher Geheimrat v. Heydebrand
und der Post, hat am 9. Febr. Sc. Maj. dem Könige
von Dänemark sein Abberufungsbrief überreicht.
Die Geschäfte der kaiserlichen Gesandtschaft in Kopen-
hagen werden bis auf weiteres von dem Legationssekretär
Grafen v. d. Goltz als interimsistischem Geschäftsträger
geföhrt.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger schreibt: „Amtlich
wird gemeldet, daß die griechische Regierung,
nachdem durch Consularberichte aus Kavala am Negäi-
schen Meer das dortige Auftreten der Pest bestätigt
worden, am 9. Febr. für alle aus der Tücke und
aus Kugl vom Schwarzen begiebungsweise Asow-
schen Meer kommenden Provenienzen eine strenge
Quarantäne von 21 Tagen angeordnet hat.“

Aus Berlin vom 10. Febr. meldet man der Köln-
ischen Zeitung: „Es wird auch hier als richtig an-
gesehen, daß, nachdem der Minister Waddington den
Präsidentenwechsel den Regierungen angezeigt hatte,
der Präsident Grevy bald darauf persönlich die
Anzeige an die Mächte und Chefs der Regierungen
gelangen ließ.“

Die Tribüne schreibt: „Neuern Vernehmen zu-
folge wäre der Generalpostmeister Dr. Stephan, mit
der Ausarbeitung des neuen Eisenbahntarifgesetzes
entwurfs beauftragt worden. Die Gerichte, die sich
daran in Beziehung auf die Person des Generalpost-
meisters Maybach kläppen, glauben wir als Erzeugnisse
geschäftiger Combination ignorieren zu dürfen.“

X Berlin, 10. Febr. Zu dem Verbot von Druck-
schriften auf Grund des Reichsgesetzes gegen die So-
cialdemokratie hat der Generalpostmeister eine Ver-
fügung erlassen, die dahin lautet: es sei die Wahr-
nehmung gemacht worden, daß von den im Auslande
erschienenen und auf Grund des Socialistengesetzes
verbotenen periodischen Druckschriften einzelne Exem-
plare sowie größere Partien vom Auslande in einer
Form eingesendet worden, durch welche sie bei einiger
Aufmerksamkeit leicht erkennbar sind. Zeitschriften
dieser Art dürfen von den Postanstalten weder ver-
trieben noch, sofern sie unter Band einer Postanstalt
zugehen, weiter befördert werden; vielmehr sind der-
artige Sendungen der Polizeibehörde abzuliefern. Dieser
Verfügung ist ein Verzeichnis der verbotenen Zeit-
schriften beigelegt. Es wird dabei bemerk, daß die
»Tagewarte« und die »Freiheit« sich verschiedene Na-
men beilegen, die »Freiheit« z. B. den Namen »Bis-
marck«.

In der Sitzung des Bundesrates am 8. Febr.
wurde mündlicher Ausschussbericht erstattet über den
Entwurf eines Gesetzes wegen der Strafgewalt des
Reichstages über seine Mitglieder. Der Gesetzent-
wurf wurde in der vom Ausschusse vorgeschlagenen
Fassung mit einigen Änderungen angenommen. Der
Bericht der Eisenenquête-Commission wurde der Zoll-
tarifrevisions-Commission überwiesen. Mündliche Aus-
schussberichte wurden erstattet über a) den Etat der
Reichsschulden, b) den Entwurf eines Gesetzes wegen
Erwerbung ic. eines Grundstückes für das Gesund-
heitsamt, c) den Entwurf eines Gesetzes wegen Fest-
stellung des Reichshaushaltsetats für 1879/80, d) den
Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer An-
leihe ic. Der Etat sowie die Gesetzentwürfe wurden
nach den Ausschussträgern genehmigt. Auf mündlichen
Bericht des Ausschusses für Rechnungswesen wurde
ferner der Inhalt der vorgelegten Nachweisung
über die verfügbaren Bestände bei den übertragungs-
fähigen Titeln des Reichshaushaltsetats für durch die
Beschlüsse zum Reichshaushaltsetat für 1879/80 er-
ledigt erklärt. Eine Eingabe der Handelskammer zu
Krefeld betreffend die Abänderung des Wechselstempel-
steuergesetzes wurde dem bezüglichen Ausschusse, Eingaben
des Vereins zur Hebung bergbaulicher Inter-
essen in Magdeburg betreffend Eingangszoll für böhmische Braunkohle, der Handels- und Gewerbeamer
für Schwaben und Neuburg zu Augsburg betreffend die
Verzollung von Teigwarenfabrikaten, des unterfränkischen Weinbauvereins zu Würzburg betreffend den
Weinzoll, der Handelskammer zu Frankfurt a. M. betreffend die Revision des Zolltarifs wurden der Zoll-
tarifrevisions-Commission überwiesen.

Die National-Zeitung schreibt: „Aus der Bundes-
ratssitzung am 8. Febr. wird nachträglich noch Folgendes
bekannt: Die Sitzung währt gegen drei Stunden und
die weitaus größte Zeit, nämlich mehr als zwei Stun-
den, nahm das Gesetz über die Disciplinargewalt des
Reichstages in Anspruch. Fürst Bismarck führte da-
bei nicht nur den Vorsitz, sondern beteiligte sich auch
lebhaft an den Debatten. Württemberg versuchte, daß
Gesetz durch vielfache Amendements abzumildern, was
jedoch nicht gelang. Schließlich wurden, wie bereits
gemeldet, die Ausschussträger angenommen. Gegen
das Ganze stimmten Bayern, Oldenburg, Meckl. & L. und
Bremen. In seiner jetzt festgestellten Fassung wird der Entwurf jedenfalls eine der ersten Vorlagen
des Reichstages bilden.“

Die Magdeburgische Zeitung bemerkt: „Die Nach-
richt, daß auch Württemberg gegen den die Redefreiheit
des Reichstages beschränkenden Gesetzentwurf im Bundes-
rat bestimmt habe, wird uns als irrtümlich bezeichnet.“

Vor kurzem war der Bundesrat aufgefordert
worden, sich mit der Besetzung des Reichsge-
richts zu beschäftigen und dem Kaiser Vorschläge für
die Ernennungen zu machen, deren Publication mög-
lichst vor dem 1. April erfolgen sollte. Der Justiz-

ausschuss hat nun, mit der Vorbereitung für diese Angelegenheit betraut, folgenden Antrag bei den Bundesrat eingebracht:

Der Bundesrat wolle sich damit einverstanden erklären, daß bei der bevorstehenden ersten Besprechung des Reichsgerichts entfallen sollen auf: 1) Preußen: der Präsident, 3 Senatspräsidenten, der Ober-Rechtsanwalt, 1 Rechtsanwalt, 36 Räthe; 2) Bayern: 4 Räthe; 3) Königreich Sachsen: 4 Räthe; 4) Württemberg: 3 Räthe; 5) Baden: 2 Räthe; 6) Hessen: 2 Räthe; 7) Braunschweig: 1 Rath; 8) das Gebiet des Oberlandesgerichtes Nostock: 1 Rath; 9) das Gebiet des Oberlandesgerichtes Oldenburg: 1 Rath; 10) das Gebiet des Oberlandesgerichtes Jena: 2 Räthe; 11) das Gebiet des Oberlandesgerichtes Hamburg: 2 Räthe; 12) Elsass-Lothringen: 2 Räthe. Von den Stellen der Senatspräsidenten wählen, unter der Voraussetzung, daß die beiden Vizepräsidenten des Reichs-Oberlandesgerichtes als Senatspräsidenten an das Reichsgericht übergehen, noch zwei zu vertheilen sein. Ebenso würden noch Vorschläge über zwei Reichs-Amtsstellen zu machen sein. Der Justizausschuss behält sich seine Vorschläge, auf welche Bundesstaaten diese vier Stellen entfallen sollen, bis dahin vor, daß er zugleich die Vorschläge über die Personen wird machen können.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 ist das am 17. Jan. erfolgte Verbot der vom kommunistischen Arbeiterbildungverein in London herausgegebenen und bei John Vale u. Sons in Marylebone gedruckten periodischen Druckschrift, welche in den beiden ersten Nummern ihres ersten Jahrganges vom 4. und 11. Jan. 1879 den Titel „Freiheit“ führte, seitdem aber unter veränderter Bezeichnung erschien, auf alle nach dem 17. Jan. 1879 zur Ausgabe gelangenden Nummern jener periodischen Druckschrift ohne Unterschied ihrer Titelbezeichnung erstreckt worden. Verboten wurden ferner die vom 28. Dec. 1878 datirte Probenummer sowie die in der Zeit vom 8. Jan. bis 29. Jan. 1870 erschienenen Nrn. 1—7 der in Chur herausgegebenen periodischen Druckschrift „Der Volksfreund“. Aufgehoben wurden die Verbote der Druckschriften „Aussenseite“, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage: die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt angereizt zu haben. Von Ferdinand Lassalle“ (Braunschweig, Druck und Verlag von W. Bräde jun., 1876), und „Drei Jahre aus meinem Leben oder: Mein Proces wegen Erregung von Misvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt. 1845—1847. Von K. F. W. Wunder“ (Leipzig, Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei, 1878).

Preußen. X Berlin, 10. Febr. Verschiedene Blätter, darunter die National-Zeitung und die Kölnische Zeitung, haben eine Desart in Umlauf gebracht, als ob der Art. 5 des Prager Friedens auf die Initiative des Fürsten Bismarck selbst zurückzuführen sei, der damit dem Kaiser Napoleon eine Courtoisie habe erweisen wollen. Es ist auffallend, daß Blätter von Bedeutung, wie die National-Zeitung und die Kölnische Zeitung, einer Annahme, deren Unmöglichkeit so klar in die Augen springt, ihre Spalten geöffnet haben. Wer die jedermann zugängigen Reden des Fürsten auffschlägt, findet eine ausdrückliche Widerlegung der in Rede stehenden Annahme in der Darstellung, welche Fürst Bismarck im December 1866 im preußischen Abgeordnetenhaus über die Entstehung des viel besprochenen Artikels entwarf. Indem er auf das Napoleonische Princip der Berücksichtigung der Nationalitäten hinnies, führte er aus, wie Napoleon im Juli 1866 in der Lage gewesen sei, seine Wünsche mit einer ungewöhnlich starken Gewalt geltend zu machen und wie Preußen damals die Wahl gehabt habe, entweder gleichzeitig zwei große Kriege zu führen, oder durch Annahme der Gesamtheit dessen, was uns von Österreich unter Napoleon's Vermittelung angeboten wurde, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen. Er, Fürst Bismarck, habe die Überzeugung gehabt, daß wir den Vogen nicht zu straff ziehen, nicht durch Verwertung von Einzelheiten die Gesamtheit der Beziehungen in Frage stellen durften. Solchen Verhältnissen und Erwägungen verdankt der Art. 5 des Prager Friedens seinen Ursprung. Gegenüber dieser vor ganz Europa zu einer Zeit, wo das Kaiserthum Napoleon's in seiner vollen Macht stand, von dem Fürsten Bismarck abgegebenen Erklärung ist es doppelt unmöglich, den Art. 5 des Prager Friedens der Initiative des Fürsten Bismarck zuzuschreiben. Die offiziöse Hinweisung auf den Zeitpunkt, in welchem der Vertrag über die Beseitigung des eben besprochenen Art. 5 des Prager Friedens zu Stande gekommen, steht zwar scheinbar im Widerspruch mit der Bemerkung, daß die neuere lopenagener Demonstration, wenn nicht Anlaß des Vertrages selbst, doch Mitgrund der Veröffentlichung desselben im gegenwärtigen Zeitpunkte gewesen sein möge, schließt jedoch die Wahrscheinlichkeit nicht aus, daß bereits bei den Verhandlungen mit Österreich das Verhalten des Herzogs von Cumberland, namentlich das Schreiben desselben an den König von Preußen, welches die Existenz des Deutschen Reiches in demonstrativer Weise ignoriert, sowie die ganze Reihe von Manifestationen, welche die Welfenpartei in Hannover und Braunschweig an die Verbindung des Herzogs mit der dänischen Prinzessin knüpft, mit

ins Gewicht gefallen ist. Die neuern Vorgänge in Kopenhagen haben aber die Publication des Vertrages jedenfalls beschleunigen müssen.

Aus Berlin vom 10. Febr. schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Nach Mittheilungen von wohl unterrichteter Seite sind die testamentarischen Aufzeichnungen des verstorbenen Prinzen Heinrich der Niederlande bis zu dieser Stunde nicht aufgefunden worden. Der Letzte Wille des Prinzen ging darauf aus, seine Gemahlin, Prinzessin Marie, genau so zu bedenken, wie Prinz Heinrich seine vor sechs Jahren verstorbenen erste Gemahlin bedacht hatte, und von diesen Dispositionen des Prinzen war lange vor dessen Tode seine Gemahlin Marie in Kenntniß gesetzt worden. Man hatte Anlaß zu der Annahme, daß vom Prinzen selbst verfaßte Schriftstücke befände sich bei andern sorgfältig bewahrten Documenten im Schreibtisch seines Arbeitszimmers auf Schloß Walferdange bei Luxemburg, woselbst der Prinz starb. Daß er es dort niedergelegt hatte, nachdem seine Gemahlin Kenntniß davon genommen, gilt für sicher. Die Bestimmungen des Testaments waren den Geschwistern des Prinzen, dem König Wilhelm von Holland und der Großherzogin von Weimar, außerdem der Mutter der Prinzessin Marie, der Frau Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, bekannt geworden. Das Privatvermögen des verstorbenen Prinzen Heinrich beläuft sich auf rund 21 Mill. holl. fl., und die Vertheilung dieser hohen Summe zu Gunsten der Prinzessin ist nur möglich, wenn das vom Prinzen verfaßte Schriftstück beigebracht wird. Die Herbeischaffung der testamentarischen Aufzeichnung muß, wie man annimmt, gelingen, weil eine Verneinung durch den Prinzen Heinrich nicht stattgefunden hat. Der merkwürdige Vorfall macht in Hofkreisen andauernd viel von sich reden, und jeder Tag vergeblichen Nachsuchens steigert begreiflicherweise das Aufsehen.“

Man schreibt der Magdeburgischen Zeitung unterm 8. Febr.: „Gestern hatte der in dem Dorfe Vietzegast angesessene Gutsbesitzer Krüger in Berlin die Ehre, sich Sr. Kaiserl. und Königl. Hoh. dem Kronprinzen auf dessen besonderen Wunsch vorzustellen und in einer längeren Unterredung die huldvollst an ihn gerichteten, landwirtschaftliche Gegenstände betreffenden Fragen zu beantworten. Wir dürfen diese Audienz wol mit der Absicht Sr. Kaiserl. und Königl. Hoh., sich gegenüber den absonderlichen Zoll- und Steuerprojecten des Fürsten-Reichskanzlers über die Bedürfnisse der Landwirtschaft eingehend zu informiren, in Verbindung zu bringen.“

Die conservativen Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben bezüglich des Eisenbahnuweisen & dem Generalbericht der Budgetcommission folgenden Antrag gestellt: „An Stelle der Resolution 3, Absatz 1 zu setzen: die Regierung werde aufgefordert, die Durchführung des Staatsbahnsystems als Ziel der preußischen Eisenbahnpolitik unverzüglich im Auge zu behalten.“ Unterzeichnet ist als Antragsteller Abg. v. Hammerstein.

Die National-Liberale Correspondenz schreibt: „In einer Herrenhauscommission hat, wie wir hören, auch Dr. v. Kleist-Nehow erklärt, bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates vermöge er nicht für Erweiterung des Staatseisenbahnuweises zu stimmen. Die oppositionelle Stimmung des Liberalismus oder das verhasste Manchesterthum wird also nicht länger mehr allein für diese Aussöhnung verantwortlich gemacht werden dürfen.“

Baiern. In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 7. und 8. Febr. beschäftigte sich dieselbe mit dem Gesetzentwurf, die Verstärkung des Verlagskapitals der königlichen Centralstaatsklasse betreffend. Referent Abg. Walter leitete die Generaldiscussion ein und beantragte, den Gesetzentwurf in der ihm vom Ausschusse gegebenen Fassung, wonach der verlangte Credit von 28 Mill. M. zu bewilligen sei, anzunehmen; außerdem empfahl er den Antrag:

Es sei an den König zu bitten, die bairischen Bundesrathesvollmächtigen zu beauftragen, auf Sparungen im Staatshaushalt, insbesondere bezüglich des Militärtats, hinzuwirken.

Die Abg. Dr. Rittler, Franz Xaver und Alois Führ. v. Hosenbrädl, Schels, Dr. Diendorfer, Schmelzl und Alois Frank beantragen, dem Gesetzentwurf eine Fassung dahin zu geben, daß nur ein Credit von 14 Mill. M. und zwar zum Zwecke der Refundierung der wegen der Ausfälle in den Jahren 1877 und 1878 aus der Eisenbahnbaudotationsklasse entnommenen Vorschüsse, bewilligt werde. Abg. Dr. Rittler begründete in einer an Ausfällen auf das Ministerium und den Ausschussbericht reichen Redeschtern Antrag:

Er legte dar, daß vorliegende Frage, trotzdem sie den Ausschussbericht eine rein finanzielle nenne, doch vom Parteistandpunkt zu betrachten sei; er könne nicht begreifen, wie man, die Vorlage sei keine Parteifrage. Redner verbreitete sich eingehend über den Militärtat, der uns so große Opfer auferlege und der nur eine Folge der Gründsäße sei, noch welchen der moderne Staat regiert werde; in diesem Falle selbst der ultramontane Reichskanzler mit dem Militärtat nicht aufzuräumen. Um unsere Notlage zu bestreiten, sei eine Regeneration der Gesellschaft und des Staates auf jenen Principien notwendig, zu welchen sich die Rechte bekennen; eine Reparatur des morschen Regierungsgebäudes nichts. Die gegenwärtige Vorlage wäre geeignet, mit Anträgen bezüglich unserer keineswegs glänzenden finanziellichen Verhältnisse in Baiern hervorzutreten; wenn Bismarck einen Frieden zwischen Staat und Kirche bekomme wie in Bayern, dann könne er die Kirche in Deutschland in wenigen Jahren ruinieren. Zum Schluß bespricht Dr. Mittler die Verhältnisse der Rechten zum gegenwärtigen Ministerium, welches man auf dem verfassungsmäßigen Wege bestreiten solle.

Finanzminister v. Riedel entgegnet:

Wenn es sich nicht um Rechte der Krone, sondern um seine Person handele, würde er keinen Augenblick zweifeln, was er zu thun habe. Wenn man einen andern Finanzminister finde, bringe dieser in einigen Wochen dieselbe Abg. Dr. v. Schörl:

Er wäre dem Dr. Mittler sehr dankbar gewesen, wenn dieser die Principien, auf welchen der morsche Staat neu aufgebaut werden könnte, näher bezeichnet hätte; ihm scheint, Dr. Mittler habe gefunden, daß in neuerer Zeit der Ton der Rechten etwas milber geworden ist, und er wollte deshalb durch seine Rede wieder einen Funken in das allmählich austreibende Fass Pulver werfen, doch habe Dr. Mittler keinen Erfolg und deshalb sein Verdruss. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schels:

Er gebe den papierenen Budgets die Haupthand am Deficit; er, den man in der Presse bei Aufstellung des Budgets die Rossandra von Regensburg gehießen, bekomme heute eine traurige Genugthuung. Um das Deficit bei den Bahnen zu decken, solle man die Personentaxe etwa um 20 Proc. erhöhen.

Abg. Dr. v. Schauß:

Baiern habe als großer Waldbesitzer eben auch die gegenwärtige Geschäftssphäre durchzuleben gleich dem Privaten. Mit der Erhöhung der Fahrten sei es noch nicht gethan. Er verweise bezüglich der Ausgaben für das Militär auf die Nachbarstaaten, namentlich auf Frankreich, welche mehr aufwende.

Abg. Dr. Jörg:

Heute liegen für die Rechte die Verhältnisse ganz anders als vor einigen Jahren, da man sich gegen Förderungen des Cultuministers zu schüttre. Schulen müsse jeder zahlen, der sein Ansehen erhalten wolle, der Staat wie der Private, deshalb könne die vorliegende Frage keine Parteifrage sein. Dr. Mittler frage, was die Folgen sein könnten, wenn man die Vorlage ablehne? Die Folgen wären schon einmal da, man habe an eine gewisse Thür gelöscht, welche jedoch nicht geöffnet, sondern von der man sehr unsanft abgewiesen wurde, und er würde sich zweimal bestimmt, nochmals anzuklopfen. (Heiterkeit löscht.) Dr. Mittler thue immer, als wenn er all das nicht wähle! Warum? Auf diese Frage antwortete Redner mit dem Berliner: „Warum — Darum.“ (Große anhaltende Heiterkeit.)

In der Specialdiscusion über §. 1 ergriff Abg. Ruhwurm das Wort, welcher sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Mittler wandte:

Letzterer komme ihm vor wie ein Mensch, der einem in einen Brunnen gefallenen Manne helfen wolle, ihn aber nur bis zum Rande herausziehe und dann wieder hineinfallen lasse. Wenn man der Staatskasse die zur Fortführung des Staatshaushaltes nötigen Gelder nicht bewillige, sage einfach der Rentamtmann, wenn Geistliche und Apotheker von Würzburg ihr Geld holen wollen: „Guten Morgen, meine Herren, ich hab' kein Geld.“ Redner kann die Folgen einer Ablehnung des verlangten Credits von 28 M. nicht auf sich nehmen.

Kriegsminister v. Maillingen theilt zur Klärung der Sachlage mit, daß aus dem Kriegskostencredit höchstens auf eine Summe von 30—40000 M. für die Centralstaatskasse zu rechnen sei.

Abg. Dr. Mittler wird auf die wenig artigen Complimente, welche ihm gestern und heute ohne aller Anlaß an den Kopf geschleudert wurden, nicht antworten und will bloß seinen Antrag auf Bewilligung von 14 Mill. M. begreifen; zur Bewilligung dieser Summe fühlt sich Redner nicht rechtlich verpflichtet, sondern es leiten ihn bloß praktische Erwägungen. Der bairische Staat komme trotz Steuerreform aus dem Deficit gar nicht mehr heraus.

Finanzminister v. Riedel erklärt, daß die Rednungsaufstellung der Regierung vollständig wahr und offen sei; hätte er die 14 Mill. M. nicht von der Eisenbahnbaudotationsklasse entlehnen, so hätten die Staatsflossen am 1. Jan. kein Geld mehr gehabt.

Abg. Burger bezeichnet als die nächste Urfache der in Frage stehenden Deficits die Annahme der Verfaßter Verträge; er werde indessen für die Vorlage stimmen, weil dies im Interesse des Landes sei.

Abg. Dr. Jung wird gleichfalls für die Vorlage stimmen und hält ein solches Votum für ganz begründet. Dr. Diendorfer will das Deficit nur insoweit decken, als es bis 1. Jan. 1879 effectiv vorhanden und deswegen habe er den Antrag Mittler unterschrieben; er könne Dr. Jörg und dessen Freunde nicht begreifen, wie diese das Deficit auch schon für 1879 deuten wollen, das sei ministerieller als der Minister selbst. Redner fragte, ob von dem Verlagskapital

oder den
nen Mill
Final
das Wes
Refer
dass Abg.
habe von
kapitals,
gelesen.
Bei

Autrag
7 Stim
wurdes
genommen
willigt ist
des Anle
von 5 A
Paragraph
Walter u
Autrag S
anweisung
fung Anle
namentlich
angenom
Es fo
des Abg.
mitglied
lich bezügl
Abg.
Rede, w
derselbe le
habe, in d
Abg.
trag Koppe
mentlich d
rassieren.
Kriegs
seine prak
seinem In
sein, wenn
Nach
and des I
von der g
Linke ange
Aus

bürger All
adjutant S
heilm Sch
des belann
nach lange
Der Hint
vekehrten
Eine-
Nord sa
offiziöse Po
Man da
Bemühungen
Bosnien un
Ende erreic
von Nobib
niga sichert,
dehnen lan
An dem Ta
tisch, bis na
gebreitet hat
Orientkreis r
Mittwoch. I
aufzieden, w
Reguläre un
sich nur, ob
zu lassen. W

* Paris
eröffnet Ju
Blatte gewo
einem von L
der Republi
Ich habe
dieselbe bei
das Gemäß
Vorhaft hat
Richt eine Id
Borchang von
denen ich gla
Donner groß
nomen! Sie ha
ber gesagt ha
sein, den bair
rische Uniform
nac, Louis B
Biedermeier
die nährliche
Sämtliche S
ratzen werden
welches Frank
selbst unverlebt
Nach die
ersten Stük
und Wihelhel
schen Bierzel

trotzdem sie bei
noch vom Partei-
kunst einnehmen.
lebner verbreitet
er uns so große
Gründsäfte sei,
werde; indeste-
mit dem Willi-
schlage zu bestim-
und des Staates
n sich die Rechte
re gezeigt, mit
enden furchtlichen
Bismarck einen
bekomme wie in
utschland dünner
richt Dr. Mit-
wältigen Minis-
traligen Wege

Finanzminister v. Riedel gibt eine Erklärung über das Wesen des Verlagskapitals.

Referent Walter führt in seinem Schlussschluß aus, daß Abg. Dr. Dienstorfer nicht einmal einen Begriff habe von dem Wesen und dem Zwecke eines Verlagskapitals, derselbe habe auch den Bericht nicht einmal gelesen.

Bei der nun erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Dr. Ritter und Genossen mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt, dagegen §. 1 des Gesetzentwurfes dem Antrage des Ausschusses entsprechend angenommen, wonach der Credit von 28 Mill. M. bewilligt ist. §. 2 des Gesetzes bestimmt, daß an Stelle des Anlehens Schatzanweisungen im Maximalbetrage von 5 Mill. M. ausgegeben werden können; dieser Paragraph wird nach Empfehlung durch die Abg. Walter und Dr. v. Schauß angenommen, dagegen der Antrag Schels auf Emission von 10 Mill. M. Schatzanweisungen abgelehnt. §. 3 gab zu seiner Bezeichnung Anlaß und schließlich wurde das ganze Gesetz bei namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 9 Stimmen angenommen.

Es folgte noch die Berathung über den Antrag des Abg. Kopp, es möchten die bairischen Bundesratsmitglieder auf Ersparrungen im Reichshaushalt, namentlich bezüglich des Militäretals, hinwirken.

Abg. Kopp begründet seinen Antrag in längerer Rede, während Abg. Louis denselben befämpft, da derselbe keine Wirkung und die Kammer auch kein Recht habe, in dieser Sache zu erinnern und zu ermahnen.

Abg. Frhr. v. Hohenbrädl spricht sich für den Antrag Kopp aus und tabelt das stete Reformieren, namentlich die Einführung der Pickelhaube bei den Kürassieren.

Kriegsminister v. Maisslinger kann dem Antrage keine praktische Bedeutung beimeissen, stimmt aber mit seinem Inhalte völlig überein; man solle zufrieden sein, wenn keine Erhöhung eintreten muß.

Nach einigen Schlusserörterungen des Abg. Kopp und des Referenten Walter wurde der Antrag Kopp von den geschlossenen Rechten gegen die geschlossene Linke angenommen.

Aus München vom 9. Febr. wird der Augsburger Allgemeinen Zeitung berichtet: „Der Hilfsgeneraladjutant Gr. Maj. des Königs, Oberstleutnant Wilhelm Schenk Frhr. v. Stauffenberg (Bruder des bekannten Abgeordneten) ist heute Vormittag 8 Uhr nach längstem Krankenlager einem Herzleiden erlegen. Der Hintritt dieses in allen Kreisen geschätzten und verehrten Mannes wird allgemein betrauert.“

Österreich-Ungarn.

Eine sich als inspirirt gebende Correspondenz des Nord's sagt in einer Polemik gegen die österreichische offizielle Politische Correspondenz:

Man darf nicht vergessen, daß die Türkei trotz der Bemühungen Österreichs ihre Souveränitätsrechte auf Bosnien und die Herzegowina immer noch nicht ausgeübt, und daß die Angelegenheit Novibazar noch nicht ihr Ende erreicht hat. Für Österreich ist nämlich der Besitz von Novibazar, welcher ihm die Straße bis nach Mitrovica sichert, die man leicht bis nach Konstantinopel ausdehnen kann, vor der höchsten Bedeutung für die Zukunft. Am Tage, wo sich Österreich, wenigstens handelspolitisch, bis nach Konstantinopel und das Ägäische Meer ausdehnen hat, hat es sein Ziel erreicht und die ganze leichte Orientküste wird in ihren leichten gehirnen Ursachen aufgerichtet sein. Dann erst ist auch Deutschland mit Österreich zufrieden, wenn es seine Produkte über Triest bis ans Ägäische und Schwarze Meer versenden kann. Es fragt sich nur, ob England diese weitausehenden Projekte wird zulassen können.

Frankreich.

* Paris, 9. Febr. In der Révolution française öffnet Jules Vallès den Reihen der von diesem Blatte gewonnenen Communemänner und zwar mit einem von London datierten Briefe an den Präsidenten der Republik:

Ich habe soeben Ihre Botschaft empfangen. Ich habe dieselbe bei einem ruhigen englischen Tageblatt gelesen: das Gemüth war tief, der Horizont war schwarz. Diese Botschaft hat keinen Lichstrahl in unsern Finsternisse gesendet. Nicht eine Idee, die wie ein Stern leuchte. Nichts. Ein Vorhang von Banalität, ein Dunst von Phrasen, hinter denen ich gleichwohl den Sturm sich ankommen und den Donner großen höre. Es ist noch nicht aus mit der Karriere! Sie haben nur wiederholt, was jede Regierung bisher gesagt hat, möchte sie nun einfältig oder verbrecherisch sein, den bürgerlichen Tod, das Kaiserreich, die militärische Uniform tragen. Karl X., Ludwig Philipp, Cabangiac, Louis Napoleon, Thiers, Mac Mahon, die falschen Biedermeier wie die wahren Banditen, haben ihrerzeit sämtliche Volkschäften an ihre Assemblées gerichtet. Sämtlich sind sie gefallen: Sie werden ebenso fallen. Sämtlich wurden sie verraten: auch Sie werden verraten werden. Das ist die Zukunft, die Ihrer hat und die Sie verdient haben, als Sie dieses Blatt schrieben, welches Frankreichs unvollständig, der Republik unvollständig, Ihrer selbst unvollständig ist.

Nach diesem Eingange, in welchem man auf den ersten Blick den verborbenen Schiller Victor Hugo's und Michelet's erkennt, die richtige Frucht des lateinischen Blattes der fünfzig Jahre, versteckt Vallès

dem Präsidenten, er hätte von einem Grévy etwas anderes erwartet:

Sie haben im Jahre 1830 mit geschossen und Sie gehören nach dem December zu den stolzen und sitzenstrengen Schweizern. Die Besiegten selbst waren vor Ihnen entwaffnet. Sie möchten uns tadeln und verwünschen, aber Sie haben uns weder beschimpft noch betrogen. Sie haben meines Wissens die Gefangen vom Mat nicht mit Koth beworfen. Sie sind nicht nach Saint-Sébastien gegangen, nachdem Sie das Programm von Belleville unterzeichnet hatten. Ihr Privatleben ist ebenso rein, wie das Jules Favre's infam ist. Sie haben einen wohlgebrüdeten Ruf von Ehrenhaftigkeit und Stolz.

Das genüge aber nicht und Grévy werde doch spätestens in zwei Jahren mit Gewissensbissen von der Regierung zurücktreten:

Ich habe die Ehre, ein Besiegter zu sein, ein Besiegter, der keine Rache empfindet, das schwörte ich bei allen meinen Gefährten für Ehre und Gerechtigkeit. Sie sehen, ich schließe nicht den Mund, ich beuge mich nicht unter das Caubische Dach, welches für mich das geöffnete Thor des Vaterlandes sein könnte. Aber in dem Amnestieantrage, zu welchem Sie, wie es hieß, entschlossen waren, lag nicht bloss die Hoffnung für die Deportirten und Verbannen, Frankreich wieder zu sehen; er enthielt auch eine kluge und sinnige Erklärung. Nicht Vergessen war die Lösung (ich verweise dieses Wort), im Gegenteil sollten die großen Erinnerungen wach gerufen werden. Vor unsern Bajonetten hielt Dr. Thiers inne und blieb die Monarchie im Schatten. Die Geschichte wird es sagen: Sie hätten es sagen sollen.

Nun wird der »Communard« immer drohender:

Den Hut ab vor den Armen! Sie sind drei Viertel von Frankreich. Man sagt, das Vaterland sei reich und die Republik im Wohlstande. Ja wohl, das Frankreich einiger Wenigen, die Republik in schwarzem Gras und weißer Erbärmde; aber der Rest steht vor Hunger oder Lebendertreibung.

Schon sieht er neue Straßenkämpfe, neue Executionen voraus und er schreibt: „Präsident der Republik, decretieren Sie die Freiheit, damit Sie nicht das Blutbad zu decretieren haben!“

Dänemark.

Die Kopenhagener Blätter beschäftigen sich fast ausschließlich mit den Nachrichten in Betreff des deutsch-österreichischen Vertrages wegen Nordschleswig. Der Dagstelegraf fordert die Regierung auf, Dänemark Interesse nach allen Seiten hin mit größter Energie zu wahren. Füdrelandet bemerkt: „Österreich gebe nur durch die Abtretung seiner Rechte ein formelles Zugeständniß seiner eigenen politischen Demuthigung, ungeachtet es 18 Jahre nach Sadowa zu Krüsten gekommen sein und seine eigene Bedeutung erkannt haben müßte, wenn es je dieselbe zurückgewinnen könnte. Es sei übrigens nicht klar, was die durch Deutschland herbeigeführte Abtretung bedeuten solle; dieselbe könne einerseits bedeuten, daß die ganze Frage von der Abtretung Nordschleswigs begraben werden solle — und dies sei das Wahrscheinlichste — aber dieselbe könne andererseits bedeuten, daß Deutschland selbst die Grenze einer Abtretung bestimmen wolle.“ Um bemerkenswertesten ist der diese Frage behandelnde Artikel des zur Regierung in gewissen Beziehungen stehenden Dagbladet:

Wollen wir uns keine Illusionen darüber, daß Europa unfertig etwas thun wird. Wir stehen jetzt ebenso allein wie 1864; man kann uns vielleicht nichts sagende Rathschläge, gleichgültige Anweisungen geben, von denen man selbst weiß, daß sie zu nichts führen, vielleicht nicht einmal das. Ist es der Fall, daß der dänische Gesandte in Berlin während des Congresses vergebens versucht hat, mit Lord Beaconsfield zu reden, so scheint dies anzudeuten, daß wir von seiten Englands weniger als nichts erwarten könnten, vielleicht ist dieses sogar Gingewicht des Arrangements zwischen Preußen und Österreich. Und Frankreich? Es ist kaum wahr, diese Frage im gegenwärtigen Augenblick zu stellen. Und Russland? Niemand wird glauben, daß dieses seine Stellung im Orient durch den geringsten Schlag gegen Berlin compliciten würde. Nein, machen wir uns keinerlei Illusionen, wir und die Nordschleswiger stehen allein gegen Preußen, gegen Fürst Bismarck's Preußen. Dennoch wollen wir nicht alles für verloren halten. Wir haben wenigstens ein moralisches Recht geltend zu machen. Preußen hat dieses selbst anerkannt, indem es uns 1867 die Bestimmung des Prager Friedens notifizierte und Verhandlungen wegen deren Ausführung eröffnete, welche befaßt und resultlos blieben und nicht zum Abschluß gelangten. Auch die Nordschleswiger haben ein moralisches Recht geltend zu machen. Auf diesem moralischen Rechte müssen wir und die Nordschleswiger stehen. Unserer selbst, unserer Nachkommen und unseren nationalen Ehre wegen können wir zu dem, was jetzt geschehen ist, nicht schweigen. Ob die Nordschleswiger selbst sprechen wollen, wissen wir nicht; es ist wol wahrscheinlich, daß sie sprechen werden, wie so häufig zuvor. Aber jetzt muß Dänemark auch sprechen. Unsere Regierung darf den Art. 5 nicht zu Tode schwingen lassen, sondern sie muß selbst die Frage wegen einer Abmachung in Berlin abhängig machen, wenn Preußen nicht zu uns spricht. Wenn wir uns ruhig und schweigend darin befinden, was jetzt geschehen ist, so wird Europa Dänemark für einen Staat ansehen, der in den letzten Tagen liegt. Alle werden finden, daß es ganz in der Ordnung ist, wenn man uns nichts zurückgegeben hat; man gibt nur den Staaten Zuwoch, die man für lebensfähig hält. Laßt uns daher jetzt eine Abmachung erhalten; bekommen wir sie jetzt nicht, so bekommen wir sie nie. Laßt uns sie in Berlin verlangen im Vertrauen auf die Macht des ewigen Rechts, in der Hoffnung, daß es sich auch uns zeigen möge, wie eins dem Müller in Potsdam Friedrich dem Großen gegenüber, „daß es noch Gesetze und Richter in Berlin gibt“.

Dieses Gewissel steht dem sonst so übermuthigen Blatte herzlich schlecht. Mit solchen Phrasen weist

man den Art. 5, der jetzt nicht mehr todgeschwiegen zu werden braucht, nicht wieder auf. Das Dagblad wird damit sicherlich wenig Anklang im Volle finden; doch es wird das Unvermeidliche ruhig zu tragen wissen.

Russland.

Die schwedische Regierung hatte bereits auf telegraphischem Wege den Regierungen von Deutschland, Österreich und Russland den Wunsch ausgedrückt, daß es einem schwedischen Arzte gestattet werde, sich der deutsch-österreichischen ärztlichen Commission anzuschließen, welche nach Russland reisen wird, um dort die Epidemie zu studiren. Bevor eine directe Antwort auf diesen Wunsch aus Russland eintraf, überreichte am 5. Febr. der kaiserlich russische Gesandte in Stockholm, Dr. Okunow, dem Minister des Auswärtigen ein Circularschreiben, in welchem die russische Regierung die sämtlichen benachbarten Staaten auffordert, zu dem obengenannten Zwecke Aerzte nach Russland zu senden. Die schwedische Medicinalverwaltung hat nun mit dem Dr. med. G. J. A. Dunér, Bataillonsarzt beim Svea-Artillerieregiment, ein Ueberkommen getroffen, dem zufolge dieser Herr bereits am 7. Febr. nach Warschau abgereist ist.

Der Golos enthält ein Schreiben vom 30. Jan., das ein ungünstiges Licht auf die Fürorge der russischen Behörden wenigstens in der ersten Zeit der Epidemie wirft. Es heißt darin:

Die erste Absendung des medicinalischen Personals nach dem Gouvernement Astrachan fällt in die Mitte des Monats December. Damals war die Epidemie in Weljanska in ihrer höchsten Entwicklung. Zu der Zeit schon lagen die Leichen der an der Pest Verstorbenen auf der ganzen Strecke unbestattet auf den Straßen herum. Außerdem um die Staniza Weljanska herum lagen Leichen von Pestkranken. Es gab kein Haus, in welchem nicht Totale oder Pestkranke gewesen wären. Die Kranken blieben ohne alle Pflege; Frauen verließen ihre Männer, Kinder ihre Eltern, Eltern ihre Kinder. Jeder sorgte nur für sich und rettete sich, wenn er konnte, durch die Flucht. Man versicherte mich, daß Weljanska und Umgebung schon um die Mitte des December nur noch einen Haufen von Leichen darstellte, die ringsherum einen furchtbaren Gestank verbreiteten. Von irgendwelchen Magaregen von Seiten der Behörden war nicht das Geringste zu hören. Der aus Astrachan an den Ort der Epidemie commandirte Oberst Blinow erklärte sich frant und ließ niemand in seine Wohnung. Zwei Soldaten verscharrten die Leichen. Wie viel gestorben, wie viel geslochen, wer noch am Leben, wer tot, weiß niemand. Man schaut die Körper der Gestorbenen auf 2000 Personen. Infolge der Eile und des Mangels an Arbeitskräften wurden die Leichen nur halbwegs bestattet, kaum mit Erde bestreut. Bemerkenswert ist es, daß in den von der Pest heimgesuchten Orten auch das Vieh und das Haustiergestügel zu Grunde ging.

Türkei.

Über die aufständische Bewegung in Mazedonien und deren Unterstützung von Ostromelien aus heißt die Politische Correspondenz aus Adrianopel Folgendes mit:

Zum Beweise für die seitens der russischen Behörden diesbezüglich beobachtete Haltung möge der nachfolgende Vorlaut des läufig erlassenen Tagesbefehles dienen: „Tagesbefehl des Generalgouverneurs von Ostromelien und des Sandschaks von Philippopol. Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß in einigen Orten von Ostromelien Proklamationen verbreitet werden, welche die Bevölkerung zum bewaffneten Widerstand auffordern und gleichzeitig die Einwohner einladen, mit den Waffen in der Hand die Aufständischen in Mazedonien zu unterstützen. Ich habe die Vernichtung dieser Proklamationen angeordnet und gleichzeitig die Verhängung aller jener verfügt, welche dieses Schriftstück verbreiten. Ich halte es für meine Pflicht, nachträglich zu erklären, daß alle Handlungen, die auf Störung der Ruhe in der Provinz abzielen, nicht gebüdet werden können; ja ich werde, gegebenenfalls, die volle Strenge des Gesetzes walten lassen. Für jede Störung der öffentlichen Ordnung werde ich vor allem die Kreisdefts, die Polizeimeister und die Gendarmen der ersten Klasse verantwortlich machen, zu deren Obliegenheiten es gehört, nicht nur Unordnungen zu unterdrücken, sondern auch in den ihrer Obhut außerordentlichen Gebieten ihnen vorgabauen. Der Weisheit und Vorsicht der Bevölkerung vertrauend, gestattete ich die Gründung von Turnvereinen, welche gezeigt scheinen, die Jugend für den Kriegsdienst vorzubereiten, der ihrer in den Reihen der Miliz harzt. Allein vom Anfang an war die Umwandlung dieser Turnvereine in politische Vereine ausgeschlossen. Bei fortgesetzten Versuchen, diesen Vereinen eine politische Farbe zu verleihen, werde ich gewarnt sein, dieselben aufzulösen zu lassen. Philippopol, 15./27. Jan. 1879.“

Generalleutnant Stolppin.“

Trotzdem scheinen, wie die Politische Correspondenz hinzufügt, die Bemühungen der bekannten Agitatoren bis jetzt fortzudauern. Man versichert, daß mehr als 6000 Mann abermals über die Grenze gegangen seien. Aus Ostromelien sollen sehr beträchtliche Mengen von Waffen und Munition nach Mazedonien geschickt worden sein. Es herrscht die allgemeine Überzeugung vor, daß es über kurz oder lang wieder zur Insurrection kommen und Mazedonien dann abermals der Schauplatz eines in großen Dimensionen geführten erbitterten Kampfes werden wird.

Königreich Sachsen.

† Leipzig, 11. Febr. Die gesetzige Versammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft nahm einen Vortrag des Professors Dr. med. Henbner über Gewerbekrankheiten entgegen:

Redner ging namentlich auf die uns als Leipziger zu-nächststehenden Gewerbe ein und schilderte die schädlichen Einfüsse, denen die betreffenden Arbeiter ausgesetzt sind. Als eine der zahlreichsten Klassen dieser Arbeiter sind die der polygraphischen Gewerbe zu bezeichnen, also alle die, welche mit Herstellung von Pressezeugnissen zu thun haben (1600 in der Stadt, 1000 in der Umgegend); diese sind durch Bleierkrankheiten gefährdet, und zwar so, daß ein Blei-tel ihrer hämischen Erscheinungen auf Bleierkrankungen führt. Zudem sind diese Krankheiten meist sehr langwierig, äußerst schmerhaft und enträstend. Fast regelmäßige fehren sie wieder, gehen von Koli zu Neuralgie über oder auch zur Bleilähmung. Andererseits stellen sich bei den in Rede Stehenden erlöpfende Racheze und Gehirnkrankheiten ein. Die Quelle der Vergiftung ist die lange fortgesetzte Aufnahme kleiner Mengen von Blei durch Ahmen, beim Essen, Rauchen; das einzige Mittel der Vorbeugung bleibt die höchste Reinlichkeit im Arbeitsraume und des Arbeiters selbst, vor allem sollte innerhalb der Arbeitsräume weder gegessen noch geraucht werden. Zu einer andern Reihe von Erkrankungen übergehend, schilderte der Vortragende die Ein-wirkung der verschiedenen Arten von Staub auf die Lungen der verschiedenen Klassen von Arbeitern; auch hier sind die polygraphischen Gewerbe, vor allem die Schriftschriften, sehr ungünstig gestellt. Schließlich wurde das Auftreten des Emphysems besprochen, bezüglich des Einflusses des Staubes aber der Übergangung Ausdruck gegeben, daß in dieser Hinsicht noch weitere wissenschaftliche Erörterungen dringend nötig erscheinen.

Nach Schluss des mit großer Theilnahme verfolgten Vortrages wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, deren Ergebnis die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsglieder war, der Herren Buchbindermeister Gustav Fritzsche, Handelskammersekretär Dr. Gensel, Bankier Ludwig Gimpel, Stadtrath Hugo Scharf, Rechtsanwalt Scheuffler, Hermann Schnur, Bankdirektor Dr. Wachsmuth, Reichsüberhandelsgerichtsrath Wiener, Geheimrat Professor Dr. Windscheid.

In einer am 7. Febr. vom Conservativen Verein in Leipzig abgehaltenen Versammlung sprach, wie die Leipziger Zeitung berichtet, Regierungsrath Wittgenstein über die Stellung und Aufgaben der conservativen Partei gegenüber dem Socialismus. Es hieß in dem Vortrage:

Die Socialdemokratie sei durch die Ausführung des Socialistengesetzes zwar mundtot, aber auch nur mundtot gemacht, keineswegs tot, der Funke glimme vielmehr unter der Asche fort und drohe bei einer laren Handhabung dieses Gesetzes über dem Eintritt außerordentlicher Ereignisse wieder zur Flamme aufzuschlagen, wie dies die jüngsten Gemeindewahlen an verschiedenen Orten gezeigt hätten.

Frage man nun aber, welche Wege zu Gebote stehen, um bessere Zustände herbeizuführen, so zu geben es ein Universalmittel wol nicht. So anerkennenswert die Befreiungen der Volksbildungsvorstände, auch der in unserer Stadt, seien, so könnten sie einen durchgreifenden Erfolg doch wol nicht versprechen.

Es gelte die Ursachen zu beseitigen, welche den Socialismus großzogen, und in dieser Beziehung siehe das Wort Kaiser Wilhelms oben an, daß Religion und Sittlichkeit nicht bloss die Grundpfeiler des Staates, sondern der menschlichen Gesellschaft seien, und daß es auf Befreiung jener Halbschwäche ankomme, welche den Menschen glauben mache, daß sie der Religion nicht bedürfen. Gerade dem Liberalismus aber gehörte ein großes Verdienst hieran und an der Religionslosigkeit. Denn aus der modernen Naturwissenschaft, aus der Descendenztheorie von Darwin und Haeckel, aus dem zum guten Tone gehörenden Lehrgang der christlichen Grundwahrheiten entspringt mit unerbittlicher Consequenz der Materialismus und sein leiblicher Bruder, der Socialismus. Große Schulb trage auch den Kulturskampf, der nicht bloss die katholische, sondern in seinem Gefolge (obligatorische Civilie) auch die evangelische Kirche und damit die Religion überhaupt schwer geschädigt habe.

Ebenso sei durch die Annerkungen von Schleswig-Holstein, Hannover u. der Sint für Gesetz und Autorität erschüttert, nicht minder durch eine übereifrige, überzogene Gesetzgebung (Todesstrafe, Gewerbegefege) das Rechtsgefühl ins Schwanken gebracht, durch das unablässige Anklängen gegen den „Polizeistaat“ das Vertrauen in die Verwaltung untergraben worden, sobald die Zunahme der Verbrechen, namentlich auch der jugendlichen, nicht übersehen dürfe. Um diesen Zuständen ein Ende zu machen, müsse von Seiten des Staates der Kulturskampf unter allen Umständen fortsetzt, der Freiheit des individuellen Gedankens in gewölblicher Beziehung durch Revision der Gewerbeordnung, besonders auch bezüglich der Theaterfreiheit und des Schauspiels, eine Schranke gezogen, das allgemeine Wahlrecht beschränkt, eine Revision des Innungswesens in der neulich von dem hamburgischen Handelskammersekretär Schulze empfohlenen Richtung auf Herstellung gewerblicher Corporationen mit staatlichen Begünstigungen (Arbeitsbücher ohne allen Unterschied) vorgenommen, zur Lösung der „Mägenfrage“ ein Modus der Beteiligung der Arbeiter am Geschäftsgewinn (womit vielleicht nicht jedermann einverstanden sei) gefunden und vor allem auch eine weise Beschränkung der euron gestiegenen Staats- und Privatbedürfnisse eingeleitet werden. Was daneben zur Verhöhnung der Gegenseite zwischen Arm und Reich vom Standpunkt der christlichen Liebe und der Jüngern Mission geschehen könne, sei allerdings auch nicht zu unterschätzen. Auf diesen Grundgedanken bewegte sich der Vortrag, der in allen Einzelheiten scharf und bereit durchgeführt wurde und allseitig Beifall fand.

Wir möchten für heute an diesen Bericht nur zwei Bemerkungen knüpfen. Tadel der conservative Redner die Beibehaltung der Todesstrafe? Das wäre ein starker Widerspruch gegen die fast einstimmige Ansicht der orthodox-conservativen Partei, die sich stets sehr lebhaft gegen Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen

hat. Was das „Gewerbegefege“ betrifft, so muß immer und immer wieder daran erinnert werden, daß die allermeisten der freisinnigen Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung dem königlich sächsischen Gewerbegefege von 1861 entnommen sind, und daß dieses letztere von einer durchaus conservativen Regierung zusammen mit einer hochconservativen Ständeversammlung erlassen ward. Auf andere Punkte des Vortrages kommen wir wol gelegentlich zurück.

Handel und Industrie.

*** Wien, 10. Febr.** Die Einnahmen an directen Steuern im Jahre 1878 betragen nach einer Meldung der Politischen Correspondenz 93,358000 Gl. oder 1,286000 Gl. mehr als im Jahre 1877; die indirekten Steuern ergeben eine Einnahme von 172,391000 Gl. oder 1,282000 Gl. mehr als im Jahre 1877.

— In Dr. Behm's in Gotha „Geographischem Jahrbuch“ erschien ein interessanter Aufsatz von Dr. Karl v. Scherzer (l. österreichisch-ungarischem Generalconsul in Leipzig), betitelt „Wirtschaftsberichte über den Welthandel und die wichtigsten Verkehrsmittel“. Wir entnehmen denselben einige speziell für Deutschland wichtige Notizen.

Die Ausfuhr englischer Baumwollwaren hat sich von 1872

auf 1876 nur um 133 Mill. Ellen gehoben, der nach anbaren Erdtheilen außer Indien und China hat sich sogar vermindert um 232 Mill. Ellen. Die Baumwollwebwarenausfuhr aus Deutschland stieg von 160000 Etn. in 1872, auf 227000 in 1876, also um 61700 Etn. in vier Jahren; die Ausfuhr baumwollener Garne von 110000 auf 170000 Etn., also um 60000. In der Erzeugung von Garnen und Fäden, Hans und verwandten Stoffen waren in Deutschland beschäftigt im Jahre 1846 45000 Spindeln, 1866 172000, 1870 261000, 1876 326538; die Zahl derselben hat sich also in 30 Jahren mehr als verdreifacht. Die jährliche Auswanderung aus Deutschland nahm ab von 1872-76 um nahezu 100000 Personen, nämlich von 127240 auf 29830. An Zolleinnahmen (von aus dem Auslande eingehenden Waaren) fallen auf den Kopf in Deutschland 2,5 M., in Italien ebenso viel, in der Schweiz 4, in Frankreich 5, in England 10, in Nordamerika 16, in R.

— Aus Wiesenburg vom 9. Febr. schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Der Verdacht, daß der auf dem Pfaffenhof in Lüben vorgelommene Krankheitsfall die Kinderpest sei, hat sich leider bestätigt. Gestern ist der Ausbruch der Seuche dort constatirt und heute der Kinderviehbestand von über 40 Häuptern getötet worden. Wohgebenden Orts ist in Erwägung gezogen worden, den ganzen Kinderviehbestand von Lüben zu vernichten, die Entscheidung darüber steht noch aus. Zu bemerken ist noch, daß der Pächter des Pfaffenhofes bei der Abhöhung des vor 14 Tagen geförderten Kinderviehs mitgewirkt und möglicherweise selbst das Contagium in seine Stallungen getragen hat.“

* Trautenau, 10. Febr. (Flechgarnmarkt.) Bei endauernder Nachfrage und unverändert festen Preisen waren Umsätze am heutigen Tage wieder von Bedeutung.

* Bremen, 10. Febr. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,20, per März 9,25, per April 9,30, per Mai 9,35, per August-December 10,15.

* Antwerpen, 10. Febr. Petroleum markt. (Schlußbericht.) Raffinates, Type weiß, loco 23½ M. bez. u. Br., per März 23½ Br., per April 23½ Br., per September-December 26 Br. fest.

* Glasgow, 10. Febr. (Rohreisen.) Mixed numbers warrant 42% Sh.

* Liverpool, 10. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10000 Ballen, davon für Produktion und Export 1000 Ballen. Amerikanische ½ D. theurer. Mündung amerikanische Februar-März- und März-April-Lieferung 5½, Januar-Februar-Verschiffung 5½, Februar-März-Verschiffung 5½ D.

* Bradford, 10. Febr. Wolle unverändert, gewirkte Garne schleppend, wollene Stoffe im allgemeinen sehr matt.

Börsenberichte.

* Berlin, 11. Febr., 12 Uhr 5 Min. Eröffnungssatz. Dts. Creditact. 399,—, Dts. Franz. Staatsb. 425,—, Dts. Südbahn (Lomb.) 114,—, Berg. Markt. 77,40, Köln-Windener 103,90, Galiz. Karl-Ludwigsb. 95,—, Rhein. 106,40, Rumän. 29,25, Disconto-Comm. 127,—, Königs- und Laurabütt 65,50, Dts. Post v. 1860 109,50, do. Goldrente 65,—, do. Silberrente 64,60, do. Papierrente 58,70, Russ. Aut. v. 1877 88,90, do. Banku. 196,—, Deutsche 8,—, Ung. Goldrente 71,75. Tendenz: ruhig.

Aus Wien belannete Kurie von 11 Uhr 10 Min. vorm. Dts. Creditact. 219,—, Dts. Franz. Staatsbahnact. 246,—, Dts. Südbahn (Lomb.) 66,20, Galiz. Karl-Ludwigsb. 219,75, Dts. Goldrente 75,10, Deutsche Marknoten 57,55, Rapsrente 9,32. Tendenz: fest.

* Berlin, 10. Febr., 3 Uhr 10 Min. Sonds. Deutsche Reichsanleihe 96,—, 4½ proc. preuß. consol. Ant. 105,—, proc. sächs. Rente 72,90, Dts. 1860er Post 109,40, do. Papierrente 53,70, do. Silberrente 54,60, do. Goldrente 64,70, Ungar. Goldrente 71,70, Russ. consol. 1877er Aut. 84,—, do. Prämienanleihe 141,—.

Banknoten. Allg. Deutsche Creditanst. 111,50, Chemn. Bank. 75,—, Koburger Creb. 68,80; Darmst. B. 114,50, Deutsche B. 100,25, Deutsche Reichsb. 158,—, Disconto-Comm. 127,80, Dresd. B. 102,—, Geraer B. 75,40, do. Handels- u. Creb. 48,50, Gothaer B. 85,—, Leipziger Disconto 67,75, Meining. Creditanst. 72,—, Oberlaus. B. 66,—, Sächs. B. 102,25, Schön. B. 24,—, Thüring. B. 74,50, Weimar. B. 82,50,—, Dts. Creditanst. 352,50.

Industrieactionen. Gelsenkirchen 91,75, König. u. Laurabütt 65,40.

Eisenbahnactionen. Auffig.-Tepl. 140,—, Berg.-Märkische 77,10, Berlin-Amb. 87,50, Berlin-Borsd.-Magdeb. 79,—, Breslau-Schweidnitz-Creib. 63,50, Berlin-Stettin 94,50, Böh.-Märk. 103,80, Galiz. Karl-Ludwigsb. 95,—, Halle-Saale-Guben 15,40, Magdeb.-Halberst. 119,50, Mainz-Ludwigsb. 67,—, Oberschles. La. A 120,—, Prag-Turnau 37,30, Dts.-Franz. Staatsbahn 424,50, do. Nordwestb. 192,—, do. Südb. Staatsb. 113,50, Rhein. 106,25, Rumän. Stammact. 29,10, do. Stammprior. 88,90, Thür. 111,—, Weimar-Gera 32,—.

Wochsel. Petersburg I. S. 194,25, do. 3 M. 193,75, Wien I. S. 173,85, do. 2 M. 172,60.

* Frankfurt a. M., 10. Febr. Schlussurze: Konzern. Wechsel 20,420, Wiener Wechsel 178,60, Sproc. Sächsische Rente 72½, Dts. Papierrente 53½, do. Silberrente 54½, do. Goldrente 64½, Staatsb. 212½, Lomb. 58½, Gall. 189½, Dts. Creditact. 195½, Darmst. Banfacten 114½.

* Frankfurt a. M., 10. Febr., 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 196½, Franzosen 212½.

* Hamburg, 10. Febr. Silberrente 54½, Goldrente 64½, Creditact. 196½, 1860er Post 109½, Franz. 58½, Lomb. 139½, Ital. Rente 74½, 1877er Russen 82½, Tendenz 121½, Laurabütt 65½, Commerz. 102,—, Nordwestb. 136½, Südn. Börs. 84½, Amerik. 96½, Asien 22,10, 108½.

* Wien, 10. Febr. Schlussurze: Papierrente 61½, Silberrente 63,10, 1860er Post 115,—, Rücknahm. 111,20, Bankact. 790,—, Creditact. 217,30, Englis. Bank. 140, do. 95,10, Export 117,—, Silberargus 100,—, Ducaten 5,54, Napoleon'sb' 9,32, Galiz. 218,—, Staatsbahn 244,20, Lomb. 65,—, Goldrente 74,90, Deutsche Reichsbahn. 57,51.

* Paris, 10. Febr., 3 Uhr nachm. Sproc. amortisir. Rente 80,12½, Sproc. Rente 77,40, 1872er Auslese 112,50, Ital. 50, Lomb. 51,60, Rente 74,30, Dts. Goldr. 65½, Ung. Goldr. 71½, 1877er Rente 86, Franz. 527,50, Lomb. 148,75, do. Prior. 240,—, 1865er Türen 12,95, 1869er 84,—, Türkense 51,25.

* Berlin, 10. Febr. Schlussurze: Papierrente 61½, Silberrente 63,10, 1860er Post 115,—, Rücknahm. 111,20, Bankact. 790,—, Creditact. 217,30, Englis. Bank. 140, do. 95,10, Export 117,—, Silberargus 100,—, Ducaten 5,54, Napoleon'sb' 9,32, Galiz. 218,—, Staatsbahn 244,20, Lomb. 65,—, Goldrente 74,90, Deutsche Reichsbahn. 57,51.

* Paris, 10. Febr., 3 Uhr nachm. Sproc. amortisir. Rente 80,12½, Sproc. Rente 77,40, 1872er Auslese 112,50, Ital. 50, Lomb. 51,60, Rente 74,30, Dts. Goldr. 65½, Ung. Goldr. 71½, 1877er Rente 86, Franz. 527,50, Lomb. 148,75, do. Prior. 240,—, 1865er Türen 12,95, 1869er 84,—, Türkense 51,25.

* Berlin, 10. Febr. Weizen per loco 150—190, per Frühj. 172,50, per Juni-Juli 178,50, Roggen: loco 122,—, per diesen Monat 121,—, per Frühjahr 120,50, per Mai-Juni 120,50, Rübig: —, Tendenz: matt. Spiritus: loco 51,60, per März 51,70, per Frühjahr 52,50, per Mai-Juni 52,70, Rübig: —, Tendenz: fest. Rübbi: loco 57,—, per diesen Monat 56,60, per Frühjahr 57,30, per Mai-Juni 57,60, Rübig: —, Tendenz: matt. Hafer: per Frühjahr 115,50, per Mai-Juni 117,—.

Leipziger Produktenbörsen vom 11. Febr. mittags 11 Uhr.

Witterung: Schön und warm. Weizen per 1000 R. netto loco 175—180 R. bez., geringer 155—165 R. bez. u. Br.; füll. Roggen per 1000 R. netto loco 132—134 R. bez., fremder 118—126 R. bez. u. Br.; füll. Gerste per 1000 R. netto loco kleinste Sorte 170—175 R. bez., Landwaire 150—155 R. bez., geringe 120—125 R. bez. Hafer per 1000 R. netto loco 128—130 R. bez., fremder 120—125 R. bez. u. Br. Mais per 1000 R. netto loco ungar. 120 R. bez., Raps per 1000 R. netto loco 255 R. bez., Rapsfrüchte per 100 R. netto 14 R. Br. Rübbi per 100 R. netto 55,50 R. bez., per April-Mai 56 R. Br.; unverändert. Spiritus per 1000 Liter Proc. ohne Fass loco 51,10 R. G.; unverändert.

* Leipzig, 11. Febr. Die heile Stimmung an unserer Börse hielt auch heute an und scheint es, daß sich auf das Privatpublum wieder mit Kaufaufträgen einfindet.

Sächsische, Reichs- und Preußische Bonds in gutem Verkauf.

Bon Bonactien Leipziger Credit und Berliner Disconto höher, auch in Geraer Credit, Sächsische Bank und Darmstädter gutes Geschäft.

Deutsche Prioritäten gut zu lassen, österreichische, namentlich Prag-Dixer, Pilsen-Priesener, Büschichrodt, Turnauer und Bodenbacher theils höher in größeren Posten gehandelt.

Rammgarn und Illergens erste höher gehandelt. Rohlenpapier umfanglos.

Russische und österreichische Baluta höher.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Paris, 10. Febr. Gegen das radicale Journal Révolution française ist wegen Veröffentlichung mehrerer Artikel, welche von Personen herrühren, welche an dem Communeaufstande verurtheilt worden sind, die gerichtliche Verfolgung

